

# Münzenmaiers MAGAZIN

02/2021

Unzensurierte Nachrichten aus erster Hand



## DIE GRÜNE GEFAHR



**Freiheit gilt uns  
als höchstes Gut!**

Grüßwort von  
Herbert Kickl



**Blick auf Europa**  
Patrioten auf dem  
Vormarsch

Ab Seite 12

## Die Grüne Gefahr für Deutschland



Grüßwort von Herbert Kickl  
**Für die Freiheit!**

Seite 5

Patrioten auf dem Vormarsch  
**Blick auf Europa**

Ab Seite 6

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort Sebastian Münzenmaier.....Seite 3

## **Blick auf Europa**

Grüßwort für die Freiheit von Herbert Kickl.....Seite 5

Patriotische Politik auf dem Vormarsch in Europa.....ab Seite 6

## **Hintergründe & Tagespolitik**

AfD-Kampagne zur Bundestagswahl 2021.....Seite 8

Kommentar zur AfD-Kampagne „Deutschland. Aber normal.“ ...ab Seite 10

Weidel & Chrupalla: Das Spitzenduo der AfD.....Seite 31

Im Gespräch mit Tino Chrupalla..... ab Seite 32

Praktikum im Bundestag - ein Bericht.....ab Seite 34

Umfrage-Beben: Vertrauen in EU am Boden.....Seite 36

Rente mit 68? Nicht mit der AfD!.....Seite 37

Filmkritik zu „Dekadenz“: Jubelnd in den Untergang.....ab Seite 38

Die Kehre - Vorstellung eines patriotischen Umweltmagazins.....ab Seite 40

## **Die Grüne Gefahr**

Die Grüne Gefahr für Deutschland.....ab Seite 12

Europas Grüne planen weitere EU-Schulden.....Seite 17

Wahlprogramm: 134 Seiten grüner Alptraum.....ab Seite 18

„Europe Welcomes“ - Grüner Migrationswahn.....ab Seite 24

Der peinliche Abstieg der Annalena Baerbock.....Seite 26

Karikatur „Grüne Klimapolitik“ .....Seite 27

Wie die Grünen wurden, was sie sind.....ab Seite 28

## **Sonstiges**

Aktiv für Deutschland - Bildergalerie.....ab Seite 22

Rätsel.....Seite 42

Kontakt + Impressum.....Seite 43

# Vorwort

Liebe Freunde,

die Sonne scheint, der Sommer ist da und nach einem düsteren Jahr voller Freiheitseinschränkungen, Quarantäne, ausgestorbenen Innenstädten und verrammelten Restaurants kehrt das Leben wieder zurück.

Natürlich werden wir als AfD-Fraktion sowohl die verbliebenen Wochen dieser als auch die Jahre der nächsten Legislaturperiode dazu nutzen, dass die vielen Fehler und Skandale der Corona-Politik dieser Bundesregierung transparent aufgearbeitet werden. Maskenprofiteure und Schmiergeldzahlungen, manipulierte Statistiken, rechtswidrige Verordnungen und Steuergeldverschwendung par excellence: Die Liste des Versagens ist lang und die Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten wiegen schwer.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich ganz besonders, dass wir einen der profiliertesten Redner des deutschsprachigen Raumes für einen Gastbeitrag gewinnen konnten: Herbert Kickl, den frischgebackenen Obmann der „Freiheitlichen Partei Österreichs“, der sich in seinem Grußwort mit der Verhältnismäßigkeit von Freiheit und Gesundheitsschutz auseinandersetzt.



Nichtsdestotrotz wollen wir in dieser Ausgabe das Thema „Corona“ größtenteils hinter uns lassen und im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl einen Ausblick in eine möglicherweise düstere Zukunft wagen: die „Grüne Gefahr“ einer Regierungsbeteiligung der wirren Ideologen rund um Baerbock und Habeck zeichnet sich ab. Und wer sich mit Personal und Wahlprogramm dieser Partei beschäftigt, weiß nicht, ob er lachen oder weinen soll.

Lesen Sie über die gewalttätige und pädophile Vergangenheit der Grünen, über Verbotsfantasien und einen irren Migrationsfetisch. Bitte sprechen Sie diesen Wahnsinn auch in Ihrem Umfeld an. Jeder Bürger, dem dieses Land am Herzen liegt, muss über die irren Ideen dieser medial gehypten Politsekte aufgeklärt werden. Jeder Bürger dieses Landes muss wissen:

## **Nur wer blau wählt, verhindert grün.**

Alle anderen Parteien würden sich lieber heute als morgen in eine Regierung mit den Grünen stürzen. Seien es die Jamaika-Koalitionäre rund um Mini-Merkel Laschet, der Berufs-Umfaller Lindner von der FDP oder erst recht die sozialistischen Träumer in Rot und Dunkelrot.

Sorgen Sie also gemeinsam mit mir für Aufklärung und dafür, dass der gesunde Menschenverstand wieder eine starke Stimme erhält. Lesen und abonnieren Sie „Münzenmaiers Magazin“ und bringen Sie Ihrem Nachbar oder Arbeitskollegen doch gerne ein Exemplar vorbei!

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldungen und wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Herzlich grüßt,  
Ihr

*Sebastian Münzenmaier*

# MÜNZENMAIERS MAGAZIN

## ABONNIEREN!

Sie wollen „Münzenmaiers Magazin“ regelmäßig direkt nach dem Erscheinen erhalten?

Dann **abonnieren** Sie das Magazin **absolut kostenfrei** und seien Sie immer einer der ersten, der die neueste Ausgabe in den Händen hält.

Wie? Einfach eine E-Mail mit dem Betreff **„Abo Münzenmaiers Magazin“** und ihren **Adressdaten** an **info@sebastian-muenzenmaier.de** schicken.

**Wir freuen uns über Ihre Nachricht!**



# Grußworte für die Freiheit

Freiheit gilt uns als höchstes Gut. Dieser Satz findet sich im Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Und ich bin überzeugt, dass auch die Mitglieder und Unterstützer der Alternative für Deutschland ihn voller Überzeugung bejahen können. Allerdings befinden wir uns in einer Zeit, in der diese Freiheit allenthalben gefährdet ist. Die Regierungen unserer Länder wollen uns vor die Wahl stellen: Freiheit oder Gesundheit. In Wahrheit aber muss es heißen: Freiheit und Gesundheit. Das aber wollen Kurz, Merkel und Co. abstreiten. Für ihre verfassungs- und grundrechtswidrigen Corona-Maßnahmen treten sie die Freiheitsrechte der Menschen in ihren Ländern ungeniert und mutwillig mit Füßen. Und die Grünen spielen in Österreich ihre willfährigen Helfershelfer, so wie es die Sozialdemokraten in Deutschland tun.

Mit dem sogenannten „Grünen Pass“, der schlussendlich in ganz Europa eingeführt werden soll, wird die Grundlage für den totalen Überwachungsstaat unter dem Vorwand der Gesundheitspolitik gebildet. Bald werden die Menschen eingeteilt werden in Geimpfte und Nicht-Geimpfte. Letzteren will man alle Möglichkeiten entziehen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Damit gehen wir den Weg in eine Gesundheits-Apartheid. Bald wird es vor den Supermärkten Tafeln geben mit der Aufschrift „Ungeimpfte müssen draußen bleiben“ analog der Tafel „Hunde müssen draußen bleiben“.

Gleichzeitig eröffnet die Europäische Union den Kampf gegen das Bargeld, um das Netz der Überwachung noch engmaschiger stricken zu können. Sie will Barzahlungen von mehr als 10.000 Euro verbieten, angeblich um die Geldwäsche zu bekämpfen. Das ist aber in Wahrheit die Vorstufe zur Abschaffung des Bargelds und damit ein weiterer Schritt zum gläsernen Bürger. Das organisierte Verbrechen wird diese Beschränkung nämlich wenig beeindrucken, diese kriminellen Netzwerke haben ganz andere Mittel und Wege, um ihr Geld reinzuwaschen. Heute sind es 10.000 Euro, morgen 5.000, übermorgen 1.000 und am Ende 0 Euro: Worum es der EU wirklich geht, ist die schrittweise Abschaffung des Bargelds und damit die Abschaffung der Privatsphäre und der Freiheit. Am Ende steht ein finanziell entmündigter Bürger, der den Banken und ihren Negativzinsen voll und ganz ausgeliefert ist.

Wie man sieht, ist die Freiheit also auf nahezu allen Ebenen bedroht. Und hier gilt es gegenzusteuern. Das muss die Aufgabe aller heimatverbundenen, freiheitsliebenden Parteien sei. Unsere bürgerlichen Freiheiten wurden im Laufe der Geschichte mühsam erkämpft. Wir dürfen sie nicht einfach so aufgeben unter dem Vorwand einer angeblichen „Gesundheitspolitik“, die weder fakten- noch evidenzbasiert ist, oder aufgrund angeblicher „Kriminalitätsbekämpfung“, die das Verbrechen in Wahrheit ungeschoren lässt, aber dafür die Menschen zurechtstutzt, damit sie sich widerspruchslos in den europäischen Einheits-, Konsum- und Einwanderungsstaat eingliedern lassen.

Hier müssen wir alle in unseren Ländern die Stimme laut erheben, die FPÖ in Österreich und die AfD in Deutschland. Denn wir glauben an den selbstbestimmten Menschen und an selbstbestimmte Staaten.



**Herbert Kickl ist FPÖ-Politiker, Nationalratsabgeordneter der Republik Österreich und ehemaliger Bundesminister für Inneres. Am 19. Juni 2021 trat er die Nachfolge von Norbert Hofer im Amt des Bundesparteiobmannes der FPÖ an.**

## **Patriotische Politik auf dem Vormarsch!**

### **Das patriotische Europa lebt!**

In den letzten Jahren haben es patriotische Parteien in ganz Europa geschafft, politische Akzente zu setzen. Der AfD gelang es im Jahr 2017, mit über 12 Prozent in den Deutschen Bundestag einzuziehen. Damit ist auch in Deutschland die Normalität eingetreten: endlich eine patriotische Kraft im Parlament!

Die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) konnte im gleichen Jahr beinahe 26 Prozent der Stimmen bei der Wahl zum Nationalrat erreichen und errang so die Beteiligung an der schwarz-blauen Regierung. Matteo Salvini von der italienischen Partei LEGA wurde 2018 Innenminister in Bella Italia, der Vlaams Belang in Belgien erlangte 18 Sitze bei der Parlamentswahl 2019. Eine patriotische Welle überschwemmte Europa.



### **Und heute?**

Nach dem Ende der Präsidentschaft Donald Trumps stellten einige Journalisten die vage These auf, die Zeit nationaler und patriotischer Kräfte in den Parlamenten sei weltweit vorbei. Schon der Vergleich oder der einfache Übertrag von US-Politik auf Europa ist unsinnig und schließt sich historisch eigentlich aus. Doch auch ein Blick auf aktuelle politische Geschehnisse zeigt: heimatorientierte Politik ist keineswegs von gestern – sondern von heute und morgen.

### **Frankreich, Schweden, Italien: Der Griff nach der Macht**

In Frankreich steht Marine Le Pen vom Rassemblement National gute Chancen im Kampf um Präsidentschaft. In aktuellen Umfragen steht ihre Partei als stärkste Kraft an der Spitze, auch im direkten Vergleich mit Amtsinhaber Emmanuel Macron hätte die 52-Jährige nach derzeitigem Stand die Nase vorn. In den deutschen Medien zittert man schon vor einer möglichen Präsidentin Le Pen, die Tagesschau philosophierte kürzlich beinahe hilflos, wer ihren Vormarsch noch stoppen könne.

In Schweden sorgte unlängst die Ankündigung der Liberalen für Aufsehen, nach den im nächsten Jahr anstehenden Wahlen nicht länger die Sozialdemokraten von Ministerpräsident Stefan Löfven unterstützen zu wollen, sondern eine nationalorientiertere Regierung anzustreben. Dies etwaig mit eben jenen Schwedendemokraten um Jimmie Akesson, die seit Jahren beständig wachsen. Erreichten die Patrioten 2006 noch



abgeschlagen drei Prozent der Stimmen, waren es bei der letzten Wahl im Jahr 2018 17,5 Prozent. Derzeitige Umfragen sehen die Schwedendemokraten sogar bei über 20 Prozent. Eine bürgerliche Regierung nach der nächsten Wahl ist nicht unwahrscheinlich.

In Italien ist die Lega von Matteo Salvini mittlerweile wieder an der Regierung beteiligt, die Regierungskoalition aus einem halben Dutzend Parteien ist jedoch umstritten. Trotz allem sehen Umfragen die Lega als stärkste Kraft, beinahe direkt gefolgt von der Fratelli d'Italia, die unter ihrer Vorsitzenden Giorgia Meloni in den letzten Monaten ein massives Wachstum erzielte. Nur die linke Partito Democratico verhindert in aktuellen Umfragen eine komplette Mitte-Rechts-Spitze im Land des Stiefels.

### **Südwesteuropa: Vox und Chega spielen mit**

Auch im Südwesten Europas spielen mit der spanischen Vox und der portugiesischen Chega zwei Parteien eine immer größere Rolle in der Politik ihres Landes. Bei der Parlamentswahl in der Autonomen Gemeinschaft Madrid 2021 erreichte die Partei von Santiago Abascal neun Prozent und wird als Regierungspartner von Isabel Aysuos konservativer Volkspartei gehandelt, die signalisierte, keine Berührungsängste mit der patriotischen Kraft zu haben. Es wäre die erste Mitte-Rechts Regierung in Spaniens Landeshauptstadt.

Die Chega ist die jüngste patriotische Partei in Europa, die für Aufsehen sorgt. Erst 2019 gegründet, erreichte ihr Kandidat André Ventura bei den Präsidentschaftswahlen am 24. Januar diesen Jahres 11,9 Prozent oder fast 500 000 Stimmen. Ventura kommt – ähnlich wie Abascal – ursprünglich aus den Reihen der größten konservativen Partei des Landes. Im Herbst

werden die Kommunalwahlen in Portugal zeigen, ob es der Chega gelingen kann, sich dauerhaft als eine der starken politischen Kräfte in Portugal zu etablieren.

### **Der dänische Sonderweg: Sozialdemokraten mit nationalen Interessen**

Unser nördlicher Nachbar Dänemark fährt einen harten Migrations- und Integrationskurs. Die dortige Regierungschefin Mette Frederiksen möchte zusammen mit Migrationsminister Mattias Tesfaye dafür sorgen, dass in den kommenden Jahren genau null neue Asylbewerber in ihrem Land aufgenommen werden. Bereits in den vergangenen Jahren fuhr das Land einen verschärften Kurs bei Migranten. Unter anderem wurden Gesetze und Strafen massiv verschärft. Dabei stammt Frederiksen aus keiner klassisch patriotischen Partei, sondern ist Chef der dänischen Sozialdemokraten.

Bei einem Blick ins deutsche Parlament, wo Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans eine strikte Linkslinie verfolgen, scheint diese sozialdemokratische Einstellung nahezu undenkbar. Doch Sätze wie „Dänemark darf sich nicht an den Islam anpassen. Der Islam muss sich Dänemark anpassen“ werden im Kopenhagener Parlament von der „Socialdemokraterne“ geäußert. Erst jüngst sorgte deren Ankündigung für Aufsehen, dass syrische Geflüchtete keine Duldung mehr in Dänemark erhalten.

Es gibt genügend Beispiele dafür, dass patriotische Politik weiterhin einen großen Anklang in ganz Europa findet. Die kommende Bundestagswahl wird zeigen, ob sich auch die AfD endgültig in Deutschland etabliert hat – und damit wenigstens eine Partei im Deutschen Bundestag vertreten ist, die sich noch für unser deutsches Volk einsetzt.

Deutschland. **Aber normal.**

## AfD – Kampagne zur Bundestagswahl 2021

Im Vorfeld des konstruktiven Dresdner Parteitages der Alternative für Deutschland wurde von den Parteisprechern die Wahlkampagne der AfD für die Bundestagswahl vorgestellt.

„Deutschland. Aber normal.“ – Mit diesem Motto wird die AfD in den Bundestagswahlkampf 2021 ziehen. Während sich die etablierten Parteien in ihrem Elfenbeinturm immer weiter von den Bürgern entfernen, rückt die einzige echte Oppositionspartei die Lebensrealität der Menschen in den Fokus:

„Viele Menschen spüren, dass in Deutschland vieles nicht mehr richtig funktioniert“.

Wenn sich Ministerien mehr mit Gendersternen beschäftigen als mit echten Problemen, ist es kein Wunder, dass der Staat bei seinen Kernaufgaben versagt. Bei der Euro-Krise, bei der Flüchtlingskrise und jetzt in Zeiten der Pandemie. Die deutsche Politik ist geradezu verrückt geworden. Es ist an der Zeit für normale Politik für unser Land.“

**Bundessprecher Jörg Meuthen konkretisiert dies in einer Pressemitteilung:**

„16 Jahre Merkel-Herrschaft haben Deutschland grundlegend verändert – und zwar zum schlechteren. Vieles von dem, was in diesem Land selbstverständlich, gut und normal war, ist durch die Politik Angela Merkels aus den Angeln gehoben worden. Die Pandemie hat diese Entwicklung noch verstärkt und beschleunigt.“

**Dazu ergänzt Bundessprecher Tino Chrupalla:**

„Wir stehen für beständige und verlässliche Politik.“

Wir stehen für das, was sich immer mehr Menschen in unserem Land wünschen: Deutschland. Aber normal.“

**Unsere Plakatmotive**

**„Deutschland. Aber normal.“**

Auch erste Plakate wurden der Öffentlichkeit bereits vorgestellt. Auch in diesen wird deutlich, dass die AfD dafür steht, dass endlich wieder der gesunde Menschenverstand in die Politik zurückkehrt, denn „Deutschland muss wieder normal werden. Dann wird es auch wieder besser.“



Deutschland. **Aber normal.**



Deutschland. **Aber normal.**



# SPENDE FÜR DIE WENDE!

**M** SEBASTIAN  
MÜNZENMAIER 

**Du willst nicht ständig von der Regierung bevormundet werden?**

**Du möchtest keine weiteren Verbote grüner Fanatiker?**

**Du bist nicht bereit, noch mehr Steuern für sinnlose Ideologien zu zahlen?**

**DANN HILF MIT UND SORGE MIT DEINER SPENDE  
FÜR EINE ECHTE WENDE IN DER POLITIK!**

**JETZT SPENDEN >>  
FÜR VERÄNDERUNG!**



**Spendenkonto:**

**AfD KV Mainz**

**IBAN: DE68 5519 0000 0872 3900 18**

**Vwz.: Wahlkampfspende Münzenmaier**

**oder per Paypal / Kreditkarte unter:**

**[www.sebastian-muenzenmaier.de/spenden](http://www.sebastian-muenzenmaier.de/spenden)**



**GEH MIT IN DIE  
OFFENSIVE!**

**SPENDE FÜR DIE WENDE!**



**MACH DAMPF  
FÜR DEN WAHLKAMPF!**

**SPENDE FÜR DIE WENDE!**

# Deutschland. Aber normal.

## *Kommentar zur AfD-Kampagne* **Wie Linke der AfD Normalität absprechen wollen**

### **Deutschland. Aber normal.**

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat auf einem Programmteatag in Dresden ihre Kampagne für die Bundestagswahl 2021 vorgestellt. Wie der Name schon verrät: Es geht um Normalität. Eine Normalität, die während den Corona-Einschränkungsmaßnahmen der Bundesregierung in noch weitere Ferne rückte als zuvor schon. Im Begleitfilm der Kampagne wird gefragt: „Normal – Was ist das eigentlich heute?“ Früher, so der Film weiter, sei Normalität „irgendwie langweilig. Stinknormal und spießig“ gewesen. Mit einem Satz springt der Film aus romantisch anmutenden Bildern der Siebziger Jahre in die Gegenwart: „Aber heute? Ist nicht heute ‚normal‘ auf einmal das, was uns fehlt? Das, was wir eigentlich wollen.“ Die Welt ist verrückt geworden. Ganz schön verrückt. Und Normalität scheint auf einmal etwas nicht alltägliches mehr. Und die AfD möchte genau das: Deutschland. Aber normal.

Sogar die normalerweise äußerst kritischen Journalisten lobten die Kampagne für ihre Professionalität. In der Presse war die Rede von einem „gefühlvollen Heimatfilm“ und einem „nicht unpassende [n] Spruch.“ Einige übereifrige Medienschaffende stellten beinahe ängstlich fest, dass das Motto „ziemlich klug“ gewählt

sei. Alles in allem ein absolut positives Echo auf eine passende Kampagne, die die AfD zur einzig wählbaren Option in einem Wahlkampf macht, bei denen sich die alteingesessenen Parteien weniger durch Inhalte, sondern nur noch durch ihre Farben unterscheiden.

### **„Finsterste Zeiten“: Die Diskreditierung beginnt**

Jedoch dauerte es nicht lange, bis linksgerichtete Politiker und Medienschaffende versuchten, „Deutschland. Aber normal.“ mit teilweise hanebüchenden Interpretationen in ein schlechtes Licht zu rücken.

Eine Journalistin, die auch schon ein Buch über die AfD verfasst hat, bezeichnete das Wahlkampfmotto als „Selbstverharmlosung“ und dabei „gefährlich“. Die linke Zeitung TAZ schrieb, dass „der Begriff der Normalität und das mit ihm einhergehende Konzept des Normalen bei Weitem nicht so harmlos und frei von Hass und Gewalt ist, wie es scheint.“ Schon immer sei die Geschichte der Normalität „eine Geschichte der Ausgrenzung und des körperlichen Leidens“ gewesen, so der Autor des Zeitungsberichts. Den Höhepunkt der offensichtlich gewollten Missinterpretation erreichte der SPD-Bundestagsabgeordnete Helge Lindh, der sich auf seinem Twitter-Kanal mal wieder

um Kopf und Kragen interpretierte: „Deutschland. Aber normal. Der Wahlkampflogan der #noAfD erinnert an finsterste Zeiten.“ Aber dass bei Herrn Lindh so einiges nicht normal läuft, das ist gut zu glauben.

### **Gender vs. Familie, Grenzschutz vs. Massenmigration: Was ist eigentlich noch normal?**

Wirft man den Begriff „Normalität“ in eine bekannte Internet-Suchmaschine, erhält man folgendes Ergebnis:

*„Normalität bezeichnet in der Soziologie das Selbstverständliche in einer Gesellschaft, das nicht mehr erklärt und über das nicht mehr entschieden werden muss. Dieses Selbstverständliche betrifft soziale Normen und konkrete Verhaltensweisen von Menschen. Es wird durch Erziehung und Sozialisation vermittelt.“*

Schnell ist die Frage gestellt: Was ist heute eigentlich das „Selbstverständliche in einer Gesellschaft“?

Klar zu beobachten ist, dass linksgerichtete Lobbyisten, Journalisten und Politiker versuchen, eine neue Normalität zu etablieren, die dem Wertekanon der deutschen Gesellschaft und des entsprechenden Nationalstaates nur noch bedingt entsprechen. Die Aufnahme von Migranten aus aller Welt wird zur Staatsräson erhoben und damit ein effektiver Grenzschutz der EU-Außengrenzen in eine illegale und inhumane Handlung verdreht.

Sachliche politische Entscheidungen werden so moralisiert und als unmenschlich kriminalisiert, obwohl sie eigentlich nur eines sind: Normal!

Ein dringend notwendiger Umweltschutz wird durch die Altparteien sträflich vernachlässigt, um eine Klimaschutzbewegung mithilfe von symbolpolitischen Handlungen zu befriedigen, die allen voran dem deutschen Mittelstand das Geld aus der Tasche zieht. Währenddessen werden sogenannte „Genderexperten“ und Soziologen mit fürstlichen Gehältern entlohnt, um das fünfunddreißigste Geschlecht zu erforschen und die nächste Eigenheit einer kleinen Minderheit zu finden, die angeblich strukturell diskriminiert werde und daher eine extra Behandlung auf unser aller Kosten verdienen würde.

Und die deutsche Sprache, über Jahrhunderte immer wieder natürlich im Wandel, wird künstlich durch Doppelpunkte, Großbuchstaben und Schluck-Pausen verschandelt. Aus dem Land der Dichter und Denker wird das Land der Damen und Her:Innen.

### **Was denken Sie: Wer ist hier normal – und wer nicht?**



*Leserbriefe*

**Sie sind gefragt!**

**Haben Sie Kritik oder Anregungen zu „Münzenmaiers Magazin“?**

**Sie möchten Ihre Meinung zu einem unserer Artikel sagen oder haben Ergänzungen zum Inhalt?**

**Dann schreiben Sie uns gerne einen Leserbrief mit dem Betreff:**

**„Münzenmaiers Magazin – Leserbrief“  
an [info@sebastian-muenzenmaier.de](mailto:info@sebastian-muenzenmaier.de)**

**Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften und Anregungen!**



# Die Grüne Gefahr für Deutschland

**E**rinnern Sie sich noch an die Berichterstattung im Öffentlich-rechtlichen Rundfunk und etablierten Medien insgesamt vor der Corona-Krise? Kaum eine Sendung verging, ohne die drohende Klima-Apokalypse heraufzubeschwören. Greta Thunberg wurde für jede Verhaltensauffälligkeit gefeiert und das linke Establishment wünschte sich bereits insgeheim eine Heiligsprechung herbei.

Die Grünen sind bis heute die größten Profiteure der gesteigerten Aufmerksamkeit für Klimapolitik. Ohne zu hinterfragen wird diesen von den Journalisten quasi schon vom Namen und Öko-Ruf vergangener Tage die größtmögliche Kompetenz angedichtet. Dabei wird jedoch offenbar gerne alarmistische Aufdringlichkeit mit Kompetenz verwechselt.

Nachdem die allgegenwärtige Klimaapokalypse in der Corona-Krise ausgeblieben ist, rollt die Werbemaschinerie für die Grünen im Jahr der Bundestagswahl nun allgemein auf Hochtouren. Die Umfragen sehen die Grünen teilweise schon auf dem Weg ins Kanzleramt.

## Mediale Rückendeckung für grüne Kanzlerträume

Spätestens seit die Grünen verkündeten, Annalena Baerbock als Kanzlerkandidatin ins Rennen zu

schicken, gab es in den linken Redaktionsstuben kein Halten mehr. Regelrechte Jubelarien wurden gedruckt und gesendet. „Die Frau für alle Fälle“, „Endlich anders“, „Sie sieht einfach megagut aus“ oder „Baerbock pariert Fragen wie eine Großmeisterin im Fechten“ lauteten die Überschriften der Hofberichterstattung. Obwohl man diese Tendenzberichterstattung und den Ungeist der Bevormundung bei etablierten Redaktionen leider schon gewohnt ist, war das eine neue Stufe der Propaganda. Kaum zu übersehen und peinlich!

Wofür die Grünen inhaltlich wirklich stehen, das erfährt man erstaunlich selten, wenn man ARD und ZDF einschaltet. Gleiches gilt für Printmedien, wie beispielsweise „ZEIT“, „SPIEGEL“ oder die „SUEDEDEUTSCHE ZEITUNG“. Den einfältigen Meinungsschaffenden, die dort die grüne Trommel rühren, genügt meist die positive Konnotation. Liest man dort über die Grünen, wird wahlweise das Klima gerettet, die Vielfalt vervielfältigt (denn das klingt immer gut), oder es wird fleißig das Gendern gepredigt oder die absurden Forderungen für ebenso absurde Minderheiten beworben. Kurzum, die Grünen stehen angeblich für eine bessere Welt. Widerstand zwecklos!

Verkannt wird dabei, dass sich hinter diesen naiven Träumereien des durchideologisierten



Gutmenschentums in Wahrheit konkrete Vorstellungen stecken, die keineswegs harmlos sind. Die Grünen wollen unsere Gesellschaft radikal umbauen. Die Umfragen zeigen es: Deutschland befindet sich auf dem Weg in einen grünen Albtraum. In eine regelrechte Dystopie. Daher ist es angezeigt, einen Blick hinter das mediale Propagandafeuerwerk für die Grünen zu werfen.

### **Gesellschaftsumbruch mit religiösem Eifer**

Zunächst lohnt es, sich die Methodik der Grünen, ihrer Anhänger und Claqueure in den Medien genauer anzusehen.

Schon die fragwürdige Kunst, wie die Grünen bei streitbaren politischen Fragen die eigenen Positionen mit einem moralischen Impetus verknüpfen, verstehen die Grünen wie keine zweite Partei. Dieser Moralismus bildet regelrecht deren DNA. Und der Ungeist, Meinungen grundsätzlich in „gut“ und „böse“ einzuteilen und in dieser Folge die Vertreter der vermeintlich „falschen“ Meinung dem Mittel der Diffamierung radikal mundtot zu machen, das gehört zum Einmaleins des grünen Meinungskampfes.

Meinungskampf ist dabei ein treffender Begriff. Durch die moralische Überhöhung der eigenen Ideologie führen die Grünen den Kampf um die Meinungshegemonie mit geradezu religiösem Eifer. Wer gegen radikale Klimapolitik ist, wird zum „Klimaleugner“. Wer uneingeschränkte

Willkommenskultur ablehnt, ist „rechtsextrem“ oder gar „Nazi“. Ablehnung von „Gendermaßnahmen“ ist Frauenverachtung. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

### **Grüne Einschüchterung Andersdenkender**

Die Methode, mit der die Grünen ihre Ideologie durchsetzen wollen, heißt Einschüchterung und Diffamierung. An erster Stelle steht immer die weinerliche Empörung über politische Meinungen jenseits des grünen Meinungskosmos. Daraufhin folgen die verbalen Rundumschläge, die gerne mit völlig aus der Luft gegriffenen Superlativen aufgeladen werden. Selbst bei einer zaghaften Widerrede zu grünen Dogmen kommt mindestens der Vorwurf, man „erwarte Beifall von der falschen Seite“. In den sozialen Medien tritt dann die „woke“ Anhängerschaft der Grünen auf den Plan.

Als „Woke“ verstehen sich Personen, die sich als besonders sensibilisiert bei politischer Korrektheit, vermeintlichem Minderheitenschutz und herbeifantasiertem Rassismus betrachten. Diese veranstalten sodann eine verbale Hetzjagd im Netz auf Personen, die sich des „Verbrechens“ der „falschen“ Meinung schuldig gemacht haben. Im besten Fall wird man nur beleidigt und zum Schweigen aufgefordert, im schlimmsten Fall werden Existenzen vernichtet, indem der Arbeitgeber bis hin zur Kündigung genötigt wird. Den meisten wird mittlerweile der Begriff der „cancel culture“ geläufig sein.

Die „cancel culture“ soll nach dem Willen der Grünen weiter institutionalisiert werden, die eigenen Radikalpositionen zur Staatsdoktrin werden.

## **Klimaschutz über alles**

Das vor der Corona-Pandemie medial-dominierende Thema „Klima“ wird vor der Bundestagswahl wieder nach vorne gedrängt. Auch der Kampf gegen Corona ist für die Grünen nur der Vorlauf für den darauffolgenden Kampf gegen den sogenannten Klimawandel. Der Begriff des „Kampfes“ wird gerne benutzt, um die Bürger mit dieser Kriegsrhetorik geistig darauf vorzubereiten, dass sie wohl mit einigen Entbehungen zu rechnen haben.

Der Kampf gegen den Klimawandel wird, folgt man grüner Logik, vor allem mit dem Geld deutscher Steuerzahler geführt. Schon ab dem Jahr 2023 soll der CO<sub>2</sub>-Preis pro Tonne um 35 Euro steigen. Das bedeutet, dass die Deutschen mit 24,5 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr belastet würden.

Vermutlich sind Baerbock und Co. der Meinung, die Bürger benötigen auch einfach weniger Geld in der Tasche, weil sie ohnehin weitreichende Verbote planen. Die grüne Kanzlerin in spe ließ zum Beispiel schon verlauten, dass Inlandsflüge ihrer Meinung nach komplett verboten werden sollen. Ab 2030 dürfen dann in Deutschland nur noch emissionsfreie Autos zugelassen werden. Im Vorschriftenwahn wird auch vor der Ernährung nicht Halt gemacht. So soll Klimaschutz bedeuten, „dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte produzieren und konsumieren“.

Vor lauter Klima-Fanatismus wird in deren Wahlprogramm ein sogenanntes „Klimaschutz-Sofortprogramm“ gefordert. Die Wirtschaft soll dabei komplett „auf die Ziele der Klimaneutralität“ ausgerichtet werden. Wie genau diese Umgestaltung aussehen soll, da lassen sich die selbsternannten „Klimaretter“ nicht zu genau in die Karten zu schauen. Vermutlich um die Wähler im Vorfeld nicht allzu sehr zu verschrecken. Allerdings werden deren radikale Umgestaltungspläne kaum ohne planwirtschaftliche Eingriffe umzusetzen sein.

Sollte Frau Baerbock tatsächlich ins Kanzleramt einziehen, bleibt zu hoffen, dass die Grundrechtseinschränkungen der Corona-Krise keine Blaupause für die Ausrufung eines „Klimanotstandes“ mit ähnlich weitreichenden Freiheitsentzugsmaßnahmen gewesen ist.

## **Grüne wollen die Bevölkerung bevormunden**

Zur Freiheit haben die Grünen kein gutes Verhältnis. Auch der Grünen-Anhänger, der sich stets moralisch überlegen fühlt, mahnt zwar Verzicht gerne an, übt ihn aber nur ungern selbst. Beim neuesten I-Phone oder anderem teuren Elektro-Spielzeug für Erwachsene will selbst die gut betuchte Luisa Neubauer nicht zurückstecken.

Die Grünen versuchen diesmal nicht dieselben Fehler wie bei der letzten Bundestagswahl zu machen und vermeiden daher allzu konkrete Verlautbarungen, welche den Anschein der „Verbotspartei“ erwecken. Aber auch wenn diesmal das Marketing besser ist, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grünen den Geist der Unfreiheit atmen. Wenn der Mensch einfach nicht so will wie sie, dann müssen eben Regelungen und Verbote her. Man erinnere sich noch an die Pläne um einen „Veggie-Day“. Um die Deutschen zu weniger Fleischkonsum zu erziehen, sollten Kantinen per Vorschrift einen vegetarischen Tag in der Woche machen müssen.

## **Gender-Ideologie auf Staatsebene**

Eines der liebsten Bevormundungsprojekte der Grünen ist nach wie vor das Durchsetzen der Gender-Ideologie. Ganz getreu dem Motto „Wer die Sprache kontrolliert, kontrolliert das Denken“, soll der Vormarsch der Gendersternchen ungebremst weitergehen.

Schon jetzt gab es Fälle von schlechteren Noten an deutschen Hochschulen. Bei einer führenden Regierungsverantwortung grüner Gender-Fanatiker ist zu erwarten, dass die ungelenkten Sprechpausen und die absurdesten Schreibweisen weiter Einzug in deutsche Bildungseinrichtungen halten werden.

Schon wer heute das Gendern ablehnt, setzt sich dem Vorwurf aus, reaktionär und sexistisch zu sein. Im Wahlprogramm der Grünen steht dazu: „Eine offene Gesellschaft ist eine der Geschlechtervielfalt“. Weiter wurde bereits gefordert, dass jeder sein Geschlecht per Unterschrift im Amt nach Belieben ändern kann. Abtreibungen werden gerne als Akt der Selbstbestimmung gefeiert. Dahinter steckt der blanke Hass auf das traditionelle Familienbild, welches bei den Grünen einen geradezu pathologischen Ekel auslöst.

## Grüne verachten alles Deutsche

Dem grünen Hass auf Traditionen und gesellschaftliche Normen liegt eine tiefe Verachtung für das eigene Land und dessen Kultur zugrunde. „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht“, verkündete Robert Habeck einst.

Die Grüne Jugend provozierte immer wieder mit antideutschen Aktionen. Im Internet gab es von der Nachwuchsorganisation Bilder, wie Mitglieder auf Deutschland-Fahnen urinieren und die Grüne Jugend in Jena forderte auf einem Transparent „Analsex für den Volkstod“.

Auch beim Wahlprogramm zur Bundestagswahl gab es Krach. Der Begriff „Deutsch“ soll komplett gestrichen werden. Die Spitzenfunktionäre fingen dies aus taktischen Gründen wieder ein, weil sie ahnten, dass auch das wohl dem erhofften Wahlerfolg nicht dienlich sein würde.

All diese Beispiele offenbaren eine tief sitzende Abneigung gegen alles Deutsche. Alles, was deutscher Kultur schadet und diese zurückdrängt, wird letztlich begrüßt. Daraus resultiert auch eines der Dogmen, welches besonders fanatisch und eifrig vertreten wird.

## NoBorders, Willkommenskultur und so viel Einwanderung wie möglich

Der Geringschätzung für das eigene Volk setzen die Grünen eine Überhöhung fremder Völker entgegen. Einwanderung darf nach Auffassung der Grünen grundsätzlich nur als „Bereicherung“ verstanden werden. Daraus gefordert wird dann in grüner Logik folgerichtig, dass Grenzen und Regelungen bei Einwanderung pauschal verteufelt werden und alle Maßnahmen, die dafür sorgen, dass mehr Migranten nach Deutschland kommen, zu begrüßen sind.

Die Funktionärin und Bundestagsabgeordnete Katrin Göring-Eckardt forderte entsprechende Gesetze für eine „vielfältige Einwanderungsgesellschaft“ und „damit diese Türen endlich aufgestoßen werden, müssen alle Menschen auch faktisch den gleichen Zugang zu allen Lebens- und Arbeitsbereichen haben.“

Im Wahlprogramm machen die Migrationsfanatiker noch deutlicher klar, wohin die Reise gehen soll: „Migration prägt und verändert unsere Gesellschaft. Eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft erfordert die gleichberechtigte, politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Migrant\*innen. Sie ist als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern“.



Übersetzt soll also die Förderung von Migration als Staatsziel im Grundgesetz stehen. Man mag sich gar nicht vorstellen, zu welcher massenhaften Migrationsstürmen die Festschreibung einer solchen Politik im Grundgesetz führen würde.

Schon jetzt versuchen die Grünen alles, um die massenhafte Migration insbesondere nach Deutschland weiterlaufen zu lassen und noch zu verstärken. Die EU-Abgeordneten der grünen Fraktion starteten in diesem Jahr eine Kampagne mit dem Titel „Europe Welcomes“. Bei dieser Aktion werden Bürger ermutigt, moralische Erpresserbriefe an ihre kommunalen Abgeordneten zu schreiben. Diese Schreiben sollen kommunale Mandatsträger dazu drängen, sich dafür einzusetzen, dass noch mehr vermeintliche „Flüchtlinge“ in Deutschland angesiedelt werden.

### **Der grünen Gefahr eine starke Stimme entgegensetzen!**

Die Grünen wollen nicht weniger als einen radikalen Umbau unserer Gesellschaft. Die Wirtschaft wird zugunsten von Klimafanatismus massiv beschädigt.

Die Meinungsfreiheit durch den sektenhaften Verfolgungswahn Andersdenkender weiter beschädigt. Werte, Traditionen und Normen werden zur Errichtung eines grünen Albtraums geschleift.

Der grüne Zeitgeist drängt durch seine willfährigen Helfer in den Medien an die Macht und ist längst auch in die anderen Altparteien eingesickert. CDU und auch die CSU werden keinerlei Skrupel haben, wenn es darum geht, auch noch den letzten kümmerlichen Rest an eigenen Standpunkten zu räumen um den Grünen ihren Willen zu erfüllen. Hauptsache, für die Union springt dabei immer noch ein Platz an der Regierung bei heraus. Inhalte zweitrangig, unsere Heimat sowieso.

Gegen das grüne Gift gibt es nur eine Medizin. Die AfD muss möglichst stark im Bundestag der kommenden Legislaturperiode vertreten sein. Nur eine starke Opposition kann Gegendruck ins Parlament tragen und verhindern, dass der grüne Alptraum Realität wird. Es geht um nichts weniger als den Fortbestand unseres Landes.



**GEGEN DIE ZENSURWELLE!**

**Folgen Sie  
meinem  
Kanal  
bei Telegram:**

**[t.me/infokanal\\_muenzenmaier](https://t.me/infokanal_muenzenmaier)**



**Wegen "Klimaschutz"**

# EUROPAS GRÜNE PLANEN WEITERE EU-SCHULDEN!

*750 Milliarden Euro EU-Wiederaufbauplan!*

Ende März beschloss der Bundestag mit Stimmen der Union, SPD, Grünen und FPD das sogenannte Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz. Hinter diesem kryptischen Begriff verbirgt sich das bereits im Mai 2020 in Brüssel ausgehandelte Schuldenaufnahmeprogramm der EU-Staaten. Kern des Vorhabens ist die gemeinsame Schuldenaufnahme der Mitgliedsländer in Höhe von 750 Milliarden Euro mit dem Ziel, die negativen Folgen der Corona-Pandemie zu begrenzen.

Jedoch müssen zuerst alle 27 Mitgliedstaaten den Eigenmittelbeschluss ratifizieren, damit die EU zum ersten Mal in einem größeren Umfang Schulden aufnehmen kann. Dies ist bisher nicht geschehen. Eine Sprecherin der EU-Kommission teilte mit, dass einige Beschlüsse, unter anderem aus Österreich und Osteuropa, noch ausstünden. Trotz der fehlenden Zustimmung einiger Mitgliedsstaaten gehen die Grünen im Europaparlament schon einen Schritt weiter und planen, den Wiederaufbaufonds auch nach der Corona-Zeit dauerhaft weiterzuführen. So berichtet es eine große deutsche Tageszeitung. Eine gemeinsame Verschuldung der EU-Staaten für den Klimaschutz könnte die Folge sein.

**Grüne im Europaparlament:  
„Fundamentale Neuordnung unserer  
Volkswirtschaften“**

Schon in der jüngeren Vergangenheit hatten Europapolitiker verschiedener Länder erklärt, dass

der derzeit noch nicht in Kraft getretene Fonds dauerhaft etabliert werden könne. Zwar ruderten die Befürworter nach erheblicher Kritik mit ihren Aussagen zurück, doch hat die Grünen-Fraktion im Europaparlament in dieser Woche in einem bisher unveröffentlichten Forderungskatalog eine Neuauflage des Wiederaufbau-Fonds befürwortet. Damit soll die europäische Energiewende finanziert werden:

„Um zu verhindern, dass das Klima kollabiert und die Leben von Millionen gefährdet, ist eine fundamentale Neuordnung unserer Volkswirtschaften und der Gesellschaften, in denen wir leben, unerlässlich“, so die Verfasser im Papier, was Ende der Woche vorgestellt werden soll.

Weiter schreiben die Grünen, dass die Konzentration auf die Klimakrise als „größte politische Herausforderung unserer Generation“ gerichtet und ein Übergang zu einem „neuen Gesellschaftsmodell“ sozialer Gerechtigkeit eingeleitet werden müsse. Für dieses Vorhaben beschreibt die Fraktion in ihrem Entwurf einen dauerhaften EU-Fonds für nötig. Eine Umwandlung in einen Klimafonds sei notwendig, „um Klimaneutralität bis allerspätestens 2050 zu erreichen“. Daniel Freund, Grüner EU-Parlamentarier, wirbt für das Anliegen:

„Den Klimawandel gemeinsam zu bekämpfen ist billiger, sicherer, einfacher, als wenn alle 27 Mitgliedstaaten das im Alleingang versuchen,“ erklärt der 36-Jährige in einem aktuellen Medienbericht.

*Der Wahlprogrammwurf unter der Lupe*

# 134 Seiten grüner Albtraum

**S**tolz strecken die Grünen-Parteichefs Annalena Baerbock und Robert Habeck den fertigen Entwurf des Wahlprogramms ihrer Partei in die Kameras. Ein „Angebot für die Breite der Gesellschaft“ soll das Papier sein, schwärmt die 40-Jährige, während der Doktor der Philosophie bei der Vorstellung des Papiers von nötigen großen Veränderungen in der Politik und Gesellschaft spricht. Auf insgesamt 134 Seiten fasst die vermeintliche Öko-Partei ihre Regierungspläne zusammen. Diese sollen „Eine Einladung“ sein – sie lesen sich jedoch wie ein Globalisierungsalptraum zwischen Gendersternchen und grenzenloser Einwanderung. Von Seite eins bis 134 weht der Duft von Bevormundung, neuen Steuern und einem verkorksten Veggie-Grillabend. Schon im ersten Kapitel „Lebensgrundlagen schützen“ springen dem aufmerksamen Leser einige Besonderheiten ins Auge.

## **„Lebensgrundlagen schützen“: Zwischen Tofuschnitzel und dem Zauberwort „CO2-Bepreisung“**

Fossile Energien meiden die Grünen offensichtlich wie der Teufel das Weihwasser. Obwohl noch immer große Teile unserer Industrie von Benzin, Kerosin und Öl abhängig sind, träumen die Ökos schon von der massiven „Ausbauoffensive für die Erneuerbaren“. Damit es für die Unternehmen und Mittelstandsbetriebe auch schön teuer wird, soll „unsere Wirtschaft auf die Ziele der Klimaneutralität“ ausgerichtet werden. Dieser „klimaneutrale Umbau der Wirtschaft“ sei die beste Chance, „um bestehende Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und neue zu schaffen.“ Die Malocher-Jungs auf Schalke hat in der Grünen-Zentrale offenbar niemand nach ihrer Meinung gefragt.

Das schon fast fanatische Begehren nach dem „1,5-Grad-Pfad“ folgt nur wenige Zeilen später.

Ein „Klimaschutz-Sofortprogramm“ soll uns vor der nahenden Apokalypse retten, das deutsche Klimaziel wird auf -70 Prozent angehoben. „Nur so kann es gelingen, dass wir Europäer\*innen deutlich vor Mitte des Jahrhunderts klimaneutral werden.“ Währenddessen eröffnete China im Jahr 2019 den größten Flughafen der Welt.

Damit die Grünen aus ihrem Klimawahn Profit schlagen können, fällt das Zauberwort „CO2-Bepreisung“. Schon 2023 werden die Unternehmen und Bürger zur Kasse gebeten: 60 Euro pro Tonne! Das ist den Grünen aber noch immer nicht genug. Nach 2023 „soll der CO2-Preis weiter steigen.“

## **Schlechte Nachrichten für grüne Bonusmeilensammler**

Eine restriktive Verbotspolitik gibt es jedoch nicht nur für den deutschen Mittelstand, sondern auch für „Langstrecken“ - Luisa Neubauer und Bonusmeilensammler Cem Özdemir. Nach Corona will ihre Partei „kein Zurück zum blinden Wachstum des Luftverkehrs,“ Kurzstreckenflüge sollen ab 2030 nicht mehr über Deutschland kreisen dürfen. Und dass die Züge der Deutschen Bahn, wenn sie denn mal fahren und nicht gerade wieder die Klimaanlage ausfällt, noch voller werden, sollen ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos zugelassen werden. Der Verlust der Lufthansa-Bonusmeilen soll über ein „Bonus-Malus-System“ aufgefangen werden, womit der Kauf von Umwelt-Autos gefördert werden soll. Dass die Herstellung der E-Autos massiv umweltschädlich geschieht, interessiert in der Grünen Parteizentrale offensichtlich niemand. Unerträgliche Symbolpolitik am Anschlag.

Zum Ende heißt Klimaschutz für die Grünen auch, „dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte produzieren und konsumieren.“ Vegane Ernährung



soll „attraktiver und zugänglich für alle Menschen“ gemacht werden. Und irgendwann klingelt dann die Tofu-Polizei.

### **„Solidarität sichern“: Quoten und Klischees**

Das dritte Kapitel des Wahlprogramms mit dem heuchlerischen Titel „Solidarität sichern“ stellt im Wesentlichen Grünen-Inhalte zu den Themen Familie, Arbeit, Gesundheit und Wohnen dar. Ein undurchsichtiger Wirrwarr, der gemäß des Kurses der Partei wenig Handfestes bietet, sondern auf einen harmonischen Dreiklang mit SPD und FDP setzt. In der Gesamtheit zeugt „Solidarität sichern“ insbesondere von einem: Konsensorientierter Klischeepolitik.

### **Keine Steuervorteile: Für die klassische Ehe ist kein Platz**

Wenn es bei den Grünen heißt, dass „Vielfalt“ gestärkt werden solle, dann weiß man immer, dass damit eigentlich Zerstörung von traditionellen und bewährten Dingen gemeint ist. Die klassische Familie ist den Grünen ein Dorn im Auge, so lässt sich die Haltung der Grünen diesbezüglich zusammenfassen. Diese weiter abzuwerten, das ist letztlich der Kern des familienpolitischen Leitbilds der Grünen.

Im Konkreten fordern die Grünen unter anderen die steuerlichen Vorteile der klassischen Ehe aufzuheben. In eine ähnliche Richtung zielt der Vorschlag, allerlei weitere merkwürdige Partnerschaftskonstellationen außerhalb der Ehe eine rechtliche Anerkennung zu verleihen. Des Weiteren erwägt die „Öko-Partei“, die Kosten einer künstlichen Befruchtung zur Erfüllung des Kinderwunsches von lesbischen Paaren von staatlicher Seite zu übernehmen. Ganz offensichtlich wird versucht, das Bild von einer überaus diffusen Gesellschaftsstruktur zu erzeugen, die es in der

beschriebenen Deutlichkeit so mehrheitlich nicht gibt.

### **Quoten und gendersensible Beratung: Umgestaltung des Arbeitslebens**

Das Themengebiet Arbeit begründet sich ebenfalls auf allerlei alternativen Fakten und merkwürdigen Interpretationen der Wirklichkeit. Im Wahlprogramm wird immer wieder auf Ungleichheiten in der Bezahlung zwischen Männern und Frauen aufmerksam gemacht. In diesem Zusammenhang konstruieren die Grünen einen scheinbaren Gehaltsunterschied zwischen den Geschlechtern, der – bezogen auf das gesamte Erwerbsleben – bei 2:1 auf Seiten der Männer liegen soll. Nüchtern betrachtet, so zeigen es Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2020, verdienen Frauen etwa 18 Prozent weniger pro Stunde als Männer, also nicht mal ansatzweise so dramatisch, wie im Programm dargestellt. Zudem verschleiern die Grünen, dass die Differenzen nicht selten auf Sachgründen wie etwa der Berufswahl oder der Branche beruhen. Darüber hinaus fordern die Grünen einen Wandel der traditionellen Berufsstrukturen. Gemeint ist damit die Dominanz eines Geschlechtes in einem bestimmten Berufszweig entweder durch Quoten oder so genannte gendersensible Beratung aufzubrechen. Ob diese Dominanz auch in Handwerksbetrieben so nachhaltig umgesetzt wird wie in Dax-Vorständen, das darf jedoch bezweifelt werden.

### **Gesundheitliche Rundumleistungen für Migranten und sogenannte „LSBTIQ\*“**

Nicht zuletzt in der Corona-Krise hat die Europäische Union erneut bewiesen, dass Regierungskompetenzen nicht nach Brüssel gehören. Die Beschaffung des Impfstoffes durch die EU geriet aufgrund von Überbürokratisierung und Unkenntnis zu einem Desaster.

Dennoch ist es eine Grünen-Kernforderung, die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen zwischen den EU-Staaten zu stärken. Des Weiteren tritt die Partei dafür ein, Menschen, die ohne Papiere in Deutschland leben, Zugang zur gesundheitlichen Versorgung zu ermöglichen. Damit eröffnen sie all denjenigen die Möglichkeit von den Vorzügen des deutschen Sozialwesens zu profitieren, die selbst keinen Beitrag zu dessen Bestehen leisten.

Zu klassischen Grünen-Positionen im Gesundheitssektor zählen außerdem die Legalisierung von Cannabis sowie eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für LSBTIQ\*. Hinter diesem Abkürzungsungetüm verbergen sich Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-, Inter- und queere Menschen. Wo genau diese in ihrer Gesundheitsversorgung diskriminiert werden sollen, bleibt im Programm leider aus.

### **Übergreifiger Staat: Der Griff zum Wohneigentum?**

Das Kapitel 3 schließt mit der Thematik Wohnen. Auffallend ist insbesondere der Kontrast, der entsteht, wenn auf der einen Seite günstigerer Wohnraum gefordert wird, und andererseits mannigfache Vorschriften für Neubauten vorgeschlagen werden, die die Kosten für Wohnungsbauten in die Höhe treiben. Auch schrecken die Grünen nicht davor zurück, in das Eigentum der Bürger einzugreifen. So fordern sie unter anderem eine Pflicht für Grundstückseigentümer, ihr Grundstück bei Wohnungsknappheit bebauen zu müssen. Am liebsten wahrscheinlich mit den nächsten Erstaufnahmeeinrichtungen, die aufgrund der gewünschten, liberalen Migrationspolitik alsbald benötigt wird.

### **„Zusammen leben“ — Grüne Dystopie**

Den Höhepunkt des Grünen Eskapismus bietet das fünfte Kapitel „Zusammen leben“.

Hier folgt das grüne Kerngeschäft: die Klimaneutralität. Natürlich müsse die Bundestagsverwaltung umfassend grün reformiert werden. Versorgung mit Ökostrom sowie erneuerbare Heiz- und Kühlsysteme sollen nur der Anfang einer Politik sein, die „mit gutem Beispiel“ vorangeht. Zügig findet sich auch die erste Quote, die die Grünen in nahezu allen Lebensbereichen fordern. Nicht die Leistung soll in Zukunft entscheiden, sondern Herkunft und angebliche soziale Benachteiligung. Bei der

Einstellung in die staatlichen Verwaltungsorgane soll „nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt“ beachtet werden. Verbindliche Vorgaben gibt es zur Erhöhung des Anteils für Menschen mit Migrationshintergrund. Demnach sollen Ausländer dann wohl noch weiter bevorteilt und überall Vorzugsrechte erhalten, um den Deutschenanteil überall nachhaltig senken zu können. Schöne neue (grüne) Welt!

### **Versorgerposten für linke Lebensversager**

Im gleichen Atemzug fordern die Ökos dann das kommunale Wahlrecht für all diejenigen, die „dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt hier haben“ und das bundesweite Wahlrecht für 16-jährige FridaysForFuture-Teenager. Da die genannten Gruppen irgendwann auf den Arbeitsmarkt drängen, wird es eine massiv ausgeweitete und gut vergütete „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“ geben. Allen sogenannten „Antirassismusexperten“ und Philosophie-Dauerstudenten, ganz egal ob mit Kontakten in die linksradikale Szene oder Teilzeit beim ZDF angestellt, dürften schon die Dollarzeichen in die Augen steigen. Falls es mit dem gut alimentierten Staatsjob nicht funktioniert, muss den Grünen-Jüngern in den Redaktionsstuben und Uni-Bibliotheken jedoch nicht bange sein. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll „stark und zukunftsfest aufgestellt“ werden und eine „öffentlich-rechtliche Medienplattform in Europa“ entstehen. Offen bleibt, ob wir Deutschen dann die zweifelhafte Freude haben werden, nicht nur die höchsten EU-Abgaben, sondern dann auch die europaweit höchsten EU-GEZ-Gebühren zahlen zu dürfen.

Da die mit Genderthemen, Antidiskriminierung und Vielfaltsideologien gefüllten Sendungen nicht ausreichen, um nachhaltig ein grünes Weltbild zu vermitteln, sollen auch die Schulen ihre Ideologieabgabe leisten. Natürlich müssen auch schon unsere Kinder lernen, wie böse und böse weiß unsere Gesellschaft ist. Daher werden die Lehrpläne mit fragwürdigen Antidiskriminierungsinhalten und Anklagen wegen der über 100 Jahre zurückliegenden Kolonialpolitik geflutet. Dass gleichzeitig Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften unterstützt werden sollen, versteht sich von selbst.

### **Alles für Migranten**

Auch den im grünen Milieu weit verbreiteten Multi-Kulti Fantasien wird im Wahlprogramm in Gänze

genüge getan. Ganz egal ob schlecht integriert, mit Job oder ohne, ungebildet oder als Teil einer kulturellen und religiösen Parallelgesellschaft: Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik soll jeder Migrant einen Antrag auf Einbürgerung stellen dürfen. Mehrstaatigkeit? Na klar! Vaterlandsliebe fand Robert Habeck ja schon in der Vergangenheit „zum Kotzen“.

Eine ganze Liste an kostenfreien Leistungen des deutschen Wohlfahrtsstaates für Neuankömmlinge runden die Forderungen ab: Zugang zu Wohnraum, Gesundheits- und Sozialleistungen, Kitaplätze, Schulen, Ausbildung. Ein kommunaler Integrationsfonds auf europäischer Ebene soll das Rundum-Sorglospaket finanzieren. Und natürlich soll dieses Sozial-Abonnement nicht aufgehoben werden, wenn die Herkunftsstaaten wieder sicher sind. Denn die „Ausrufung „sicherer“ Herkunfts- oder Drittstaaten“ lehnen die Grünen genauso ab wie die sogenannte „Duldung“. Der Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan soll hingegen wiedereingesetzt werden. Quasi eine doppelte Absicherung zur lebenslangen sozialen Hängematte in unserem Land.

### **Geschlechtsumwandlung auf Kosten der Allgemeinheit**

Zum Abschluss des Kapitels liegen Robert Habeck und Annalena Baerbock natürlich alle entdeckten und noch unentdeckten Minderheiten am Herzen, die sich noch nicht sicher sind, ob sie Mann oder Frau, Mädchen oder Junge, Trans oder Queer oder was auch immer sein wollen. Eine „feministische Regierung“ soll für Geschlechtergerechtigkeit eintreten, ein „Gender-Check“ (Das ist kein Witz!) soll diese Gleichberechtigung in allen politischen Bereichen voranbringen. Da die Grünen eine Willkommenskulturaus anderen Ländern bevorzugen, soll natürlich auch der §219a aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden. Damit darf in Zukunft offen für Schwangerschaftsabbrüche geworben werden. Das „überholte Transsexuellengesetz“ soll „endlich aufgehoben“, der Anspruch auf „medizinische körperangleichende Maßnahmen“ gesetzlich verankert werden. Die Kostenübernahme wird durch das Gesundheitssystem gewährleistet. Heißt also: kostenlose Plastik-Brüste für alle und auf Rezept!

### **Düstere, grüne Zukunftsaussichten**

Vielleicht klingt der vorliegende Auszug aus dem Grünen Wahlprogramm für Sie wie Realsatire. Bei

allen Schmutzern sollte jedoch klar sein, dass all diese Forderungen sowie 3000 Änderungsanträge aus der Parteibasis bald in die Praxis umgesetzt werden könnten. Die CDU umgarnt die Partei für eine mögliche Regierungsbildung ebenso wie FDP, SPD und die Linke. Und dass, obwohl das Programm ein realitätsbezogenes Problembewusstsein wissentlich verkennt und grundlegende Werte unserer Nationalstaates infrage stellt.

Da bleibt einem das Lachen im Halse stecken.



*Impressionen*

# Aktiv für Deutschland







**"EUROPE WELCOMES"**

# GRÜNE TROMMELN FÜR MEHR MIGRANTEN!

## *Grüner Migrationswahn*

Um das Herz der meisten öffentlich-rechtlichen Journalisten zu erwärmen, muss man diese nur über die Grünen berichten lassen. Vom Rückenwind der unreflektierten Seligsprechung durch die Medien getragen, streben die Grünen ins Kanzleramt.

Umso wichtiger wäre es, die Inhalte und Handlungen genauer zu hinterfragen. Hinter diesen steckt eine brandgefährliche Ideologie, welche die Gesellschaft radikal umstrukturieren wird, sollte sie an die Schaltstellen der Macht kommen. Gerade bei der Migrationspolitik sind grüne Grundpositionen so simpel wie extrem: Jeder soll dort einwandern dürfen, wo er denn gerne möchte, natürlich mit anschließender Rundum-Versorgung.

Um sich das vor Augen zu führen, muss man nur einen Blick auf die grüne Fraktion im EU-Parlament werfen. Diese haben eine Kampagne gestartet, welche mehr Migranten die Einwanderung in Europas Sozialsysteme ermöglichen soll.

### **„Europe Welcomes“ — Eine Kampagne der Grünen für mehr Einwanderung**

Wenn ein Land Regeln für die Begrenzung von Zuwanderung aufstellt, dann folgen grüne Belehrungen auf dem Fuß. Jüngst traf es die dänische Regierung, welche mittlerweile plant, Syrer in ihr Heimatland zurückzuführen. Syrien kann aus Sicht der dort regierenden Sozialdemokraten zum

Teil als sicher eingestuft werden. Das Geschrei der Migrationsfanatiker war natürlich groß.

Doch bei verbalen Attacken auf Dänemarks Regierung wollten es die Grünen im EU-Parlament nicht belassen. Daher starteten diese eine Kampagne mit dem blumigen Titel „Europe Welcomes“, zu Deutsch „Europa heißt willkommen“. Sinn und Zweck der Aktion soll es sein, den Migrationsstrom nach Europa auch weiterhin sicherzustellen.

### **Aufrufe an die Bürger, Kommunalpolitiker moralisch zu erpressen**

Wirft man einen Blick auf die Homepage der Aktion, wird schnell deutlich, dass der Gedanke dahinter kein geringerer ist, als die Bürger dazu zu bringen, enormen Druck auf Kommunalpolitiker aufzubauen.

Zunächst wird faktenfrei festgestellt, „Hunderte europäische Gemeinden“ seien bereit, Solidarität zu zeigen und Flüchtlinge willkommen zu heißen. Paradoxerweise geht es dann aber gleich damit weiter, die Bürger dazu aufzufordern, den Druck weiter wachsen zu lassen. Es drängt sich der Eindruck auf, die bereits genannten „europäischen Gemeinden“ müssen also erst zu ihrer Bereitschaft gezwungen werden.

Damit dies geschieht, wird eine große Handlungsaufforderung auf der Homepage platziert. „HANDELN SIE“ steht dort in großen Lettern mit symbolischem Megaphon.

Zunächst soll der unterstützungswillige Migrationsfreund nach Ansicht der Kampagnenbetreiber einen Brief an die lokale Politik schreiben. Damit er sich dabei nicht überanstrengt, gibt es auf der Seite praktischweise gleich einen Vordruck, wo man nur noch Namen, Stadt und Region eintragen muss. In diesem vorgeschriebenen Brief ist dann die Rede von „humaner Alternative“ und „humanitärer Krise“. Der Empfänger wird darin aufgefordert, ein Versprechen abzugeben, „Asylsuchende und Flüchtlinge von den Außengrenzen weg umzusiedeln“.

Man kann sich vorstellen, dass bei einer Ablehnung eines solchen Briefes der Vorwurf der Menschenfeindlichkeit und des Rassismus nicht weit ist. Beugt sich der Kommunalpolitiker dem moraltriefenden Appellbrief, dann darf der Kettenbriefversender seine Gemeinde in die Karte auf der Kampagnenseite eintragen.

Sollte dieser keinen Erfolg gehabt haben, wird er noch aufgefordert, zumindest der „Bewegung“ beizutreten. Zu diesem Zweck wird eine Liste von Migrations-NGOs aufgeführt, bei denen die Anhänger unregelmäßiger Zuwanderung Mitglied werden sollen.

## Wer Grüne wählt, bekommt Masseneinwanderung

Ehrliche Berichterstattung von etablierten Medienhäusern über die Migrationspläne grüner Multikulti-Fanatiker ist eher rar gesät. Stattdessen veröffentlicht man lieber Lobeshymnen auf die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock.

Die Kampagne „Europe Welcomes“ legt offen, was auf die Bevölkerung zukommt, sollten grüne Kanzlerträume bittere Realität werden. Eine neue Welle massenhafter unregelmäßiger Zuwanderung wäre die Folge. Die Bürger dürften dafür nicht nur mit ihren Steuergeldern, sondern auch mit dem Verlust der öffentlichen Sicherheit und noch mehr Konkurrenz auf dem knappen Wohnungsmarkt die Zeche zahlen. Aber das eigene Volk spielt in der grünen Gedankenwelt ohnehin nur eine untergeordnete Rolle, wie bei „Europe Welcomes“ wieder einmal mehr als deutlich wird.

*Magazin verpasst?*



Auf meiner Netzseite können Sie sämtliche bisher erschienenen Magazine einsehen und downloaden. Auch die jeweils aktuelle Ausgabe wird dort kostenlos angeboten.

[www.sebastian-muenzenmaier.de/muenzenmaiers-magazin](http://www.sebastian-muenzenmaier.de/muenzenmaiers-magazin)



„Warum machen Sie das?“

## Baerbock bei der ARD im Lebenslauf-Dilemma

### *Der peinliche Abstieg der Annalena Baerbock*

Die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock geriet in der ARD-Sendung „Farbe bekennen“ gehörig unter Druck. Die Moderatoren Tina Hassel und Oliver Köhr nahmen Baerbock in die Zange und fragten, ob die Kanzlerkandidatur nach den Ereignissen der letzten Tage rund um ihren Lebenslauf nicht eine Nummer zu groß für die 40-Jährige sei.

„Ich habe da offensichtlich einen Fehler gemacht“: Baerbock weicht bei Lebenslauf aus

Schon die erste Frage des ARD-Moderators Oliver Köhr hatte es in sich. Warum mache sich die Kanzlerkandidatin toller, als sie eigentlich sei, wollte Köhr wissen, woraufhin Baerbock zu einer langen und ausweichenden Antwort ausholte. Sie habe ihren Lebenslauf mit den wichtigsten beruflichen Stationen und Verbindungen zu Organisationen „komprimiert dargestellt“ und schmerzlich gespürt, „dass es offensichtlich sehr missverständlich war.“ Sie habe sich nicht größer machen wollen, als sie sei, erläutert die Parteichefin. Schon im nächsten Satz entschuldigt sich die Grünen-Bundestagsabgeordnete jedoch für die Unzulänglichkeiten:

„Ich habe da offensichtlich einen Fehler gemacht, und das tut mir sehr, sehr leid, weil es eigentlich in diesen Momenten um große andere Fragen in diesem Land geht.“

#### **Kanzlerkandidatin — eine Nummer zu groß?**

Co-Moderatorin Tina Hassel reichen die Ausführungen Baerbocks nicht. Wie könne ein solch großer Fehler passieren, gelte die 40-Jährige doch

als Perfektionistin. Sei die Kanzlerkandidatur „dann vielleicht doch etwa eine Nummer zu groß?“

Eigentlich sei es ihr wichtig, „alles sehr korrekt zu machen“, erklärt Baerbock anschließend. Sie werde für Vertrauen werben und versuchen, dieses zurückzugewinnen. Die ARD-Moderatoren scheinen Donnerstagabend besonders kampfeslustig. Hassel fragt nach dem Grünen Umfrage-Absturz der letzten Tage, Köhr verweist mit Blick auf den fehlerhaften Lebenslauf auf das fehlende Professionalitätslevel. Die Grünen-Bundesvorsitzende verweist auf die nötigen „große Veränderung“ im Land, gibt wiederholt zu, beim Lebenslauf genauer sein zu müssen und erklärt, sich immer noch sehr darüber zu ärgern. Zurückziehen wolle die 40-Jährige ihre Kandidatur zu Gunsten Robert Habecks jedoch auf keinen Fall. Sie wolle selbstkritisch sein, aber „jetzt aus Angst, neue Fehler zu machen, das hieße ja, sich zurückziehen, und das bin ich ganz und gar nicht.“

#### **Grüner Sinkflug: Kanzleramt in weiter Ferne**

Ob das ARD-Interview von Annalena Baerbock eine Trendwende der abstürzenden Grünen-Umfragewerte bedeutet, ist zweifelhaft. Innerhalb eines Monats sank die Zustimmung der Partei beim ZDF-Politbarometer von 26 auf 22 Prozent, Infratest-Dimap von der ARD bescheinigte sogar einen Absturz um 6 Prozentpunkte auf 20 Prozent. Auch bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt rutschten die kanzleramtsambitionierten Grünen mit 5,9 Prozent nur gerade so über die 5-Prozent-Hürde. Das Kanzleramt scheint für die Grünen wieder weit entfernt.





## *Vom Flug des Pflastersteins*

# Wie die Grünen wurden, was sie sind

Spätestens als die Demonstranten einen mit Pflastersteinen beladenen LKW plünderten, war klar, dass die Situation eskalierte. Was folgte, war eine Straßenschlacht, an deren Ende 150 verletzte Polizisten zu verzeichnen waren. Die „Schlacht am Tegeler Weg“ vom 4. November 1968 gilt als der gewaltsame Höhepunkt der außerparlamentarischen Oppositionen (APO) und zugleich als Beginn ihrer Auflösung.

Was einst als Revolte gegen alte „Papiertiger“ in Redaktionen, Universitäten, Literaturzirkeln und Parlamenten begann, mündete in links-extremistischem Terrorismus. Der ursprüngliche Wunsch nach einer grundlegenden Erneuerung Deutschlands fernab von einem identitätsstiftenden Nationalgefühl und die Wut auf bestehende Strukturen, die im Ausspruch „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ ihrer Worte Bande brach, blieb aber bestehen und legte den Grundstein des heutigen linken Gedankenhorizonts.

### **Steine auf die Polizei – Joschka Fischer**

Auch Joschka Fischer, von 1998 bis 2005 Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, warf Steine auf Polizisten. Die angehangene Floskel „zuerst sei der Schlagstock da gewesen, und dann erst der Pflasterstein“ ist jedoch leicht als Schutzbehauptung zu entlarven. Es ist ferner bekannt, dass die Bündnisgrünen sich seit jeher mit einer Abgrenzung nach ganz links außen schwertaten. Auf dem Gründungsparteitag 1980 wurde zwar ein Unvereinbarkeitsbeschluss gegen Mitglieder von kommunistischen Gruppen beschlossen, praktisch galt der aber nicht mehr, sobald man seinen alten Genossen den Rücken kehrte. Das taten viele, darunter auch heute noch bekannte Köpfe wie Winfried Kretschmann, aktueller Ministerpräsident von Baden-Württemberg und vor den Grünen im

Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) aktiv, oder Jürgen Trittin, der es als ehemaliges Mitglied des maoistisch orientierten Kommunistischen Bundes (KB) bis zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unter der rot-grünen Bundesregierung von Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) brachte.

### **Landesverband unter linksextremer Leitung**

In Anbetracht dessen ist es ebenso wenig erstaunlich, dass es damals auch Joschka Fischer mit ca. 200 ehemaligen Linksradikalen gelang, den hessischen Landesverband zu unterwandern und diesen bis zur ersten Regierungsbeteiligung auf Landesebene zu führen. Fischer selbst legte dabei jenen Opportunismus an den Tag, den er mit heutigen Grünen gemein hat. Da er „nichts weiter gelernt hatte, als strategischem Bücherklau“ nutzte der einstige Steinewerfer die neue Partei als Karrieresprungbrett und Jobgarantie – Fischer galt als einer der Wegbereiter der parteiinternen „Realos“.

### **Realos, Fundis und Pädophile**

Ihm gegenüber stand die parteiinterne Strömung der „Fundis“. Diese betrachteten die Grünen als eine „Partei neuen Stils“, die sich mit militanten außerparlamentarischen Bewegungen solidarisierte und daher jede Regierungsbeteiligung ablehnte. Wortführerin dieser Fundamentaloppositionellen war Jutta Dittfurth. Neben den Flügelkämpfen parteiinterner Strömungen verdeutlichte vor allem eine parteipolitische Positionierung, wie wertezerstörend und moralzersetzend grüne Politik wirken kann – die Akzeptanz von Pädophilie in den eigenen Reihen.



Dass es in der Frühphase der Grünen Versuche von pädophilen Gruppen gab, Einfluss auf das Programm der Partei zu nehmen, ist keine neue Erkenntnis. Prominentester Fall ist hierbei Daniel Cohn-Bendit, der für die Grünen im EU-Parlament sitzt. In seinem 1975 veröffentlichten Buch „Der große Basar“ – geneigte Leser mit einem schwachen Magen mögen die nachfolgenden Zeilen bitte überspringen – erklärt er umfänglich:

*„Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen.“ Und weiter: „Es ist mehrmals passiert, daß einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln. Ich habe je nach den Umständen unterschiedlich reagiert, aber ihr Wunsch stellte mich vor Probleme. Ich habe sie gefragt: `Warum spielt ihr nicht untereinander, warum habt ihr mich ausgewählt und nicht andere Kinder?` Wenn sie darauf bestanden, habe ich sie dennoch gestreichelt.“*

Cohn-Bendit distanzierte sich Jahre später von seinem Text. Ob es aber zu gar keinen sexuellen Kontakten zwischen ihm und Kindern kam, die er – wie in den damaligen Zeit unter Pädophilie-Befürwortern nicht unüblich – als „einvernehmlich“ interpretierte, klärte Cohn-Bendit bis heute nie wirklich auf.

In einer Ausgabe von 1978 des linksradikalen Magazins „Pflasterstrand“, für das Cohn-Bendit redaktionell verantwortlich war, erschien ein Text eines unbekanntes Autors, der vom Sex mit einem „6-jährigen Genossenmädchen“ schwärmte – der genaue Wortlaut wird dem geneigten Leser erspart.

Neben Cohn-Bendit tauchen auch immer wieder Namen anderer Vertreter der grünen Partei im Zusammenhang mit Pädophilie-Verdächtigungen auf, z.B. Volker Beck. Erst Ende Mai 2013 beschloss der Bundesvorstand der Grünen, die Rolle von

Pädophilie-Befürwortern in der Anfangszeit der Partei untersuchen zu lassen. Ein finaler Bericht folgte im November 2014 und attestierte der Partei eine ungewöhnliche hohe Akzeptanz für Pädophilie.

Dass Daniel Cohn-Bendit sich, wie Joschka Fischer, den interparteilichen „Realos“ verpflichtet fühlte, verstärkt den Eindruck, dass der gesellschaftliche Wertekanon gezielt destabilisiert und umgekrempelt werden sollte.

Blickt man auf heutige parlamentarische Initiativen der Grünen, erkennt man die Zielsetzungen von einst wieder. Gesellschaftsexperimente wie etwa die „Frühsexualisierung“ oder Förderung von allerlei Gender-Ideologie findet sich bei den Grünen in exponierter Position bis heute.

**Die parteipolitische Positionierung verdeutlicht wie wertezerstörend und moralersetzend grüne Politik wirken kann.**

### **Die Seilschaft mit der Antifa**

Auch die Gewaltaffinität der frühen Pflasterstein-Jahre scheint nicht abschließend überwunden. Zu oft kommt es zu verbalen Ausfällen grüner Politiker oder grüner Institutionen oft verbunden mit öffentlichen Bekenntnissen zu linksextremistischen Gruppierungen. So solidarisierte sich beispielsweise die grüne Hochschulgruppe der Universität Köln mit einem radikalen Zusammenschluss der örtlichen Antifa-Strukturen. Unter der Überschrift „*Antifa AK ist Studierendenschaft, und Studierendenschaft ist Antifa!*“ schrieb die grüne Hochschulgruppe auf ihrer Facebook-Seite, der Antifa AK sei „*ein Arbeitskreis der Studierendenschaft der Universität zu Köln und damit fester Bestandteil von ebendieser*“.

Mehr noch deckte eine Recherche der „Welt“ eine finanzielle Unterstützung auf. In ihrem Artikel „Uni-Grüne stehen zu linksextremistischer Antifa-Gruppe“ vom 12.08.2020 veranschaulichte die „Welt“:

„Laut dem öffentlich einsehbaren Haushalt hat nämlich der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität in seinem Haushalt 2020/21 für den Antifa AK 8.500 Euro eingeplant. Ebenso viel wie für den Zeitraum 2019/20. Bereits im ältesten WELT vorliegenden Haushalt 2010/11 waren schon 5.000 Euro eingeplant.“

Brisant dabei: Die Gelder stammten nachweislich von Semesterbeiträgen immatrikulierter Studenten. Die „Welt“ weiter: „Dass der vom Bundes- wie Landesamt für Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestufte kommunistische Antifa AK aus Uni-Etats bezuschusst wird, kommt dadurch zustande, dass jeder Student einen Semesterbeitrag von rund 280 Euro an die Kölner Universität zahlen muss, davon fließen rund 205 Euro an den AStA, der wiederum mit Unterstützung der Mehrheit des Studierendenparlaments seit mindestens zehn Jahren die kommunistische Antifa-Gruppe finanziell unterstützt.“

Dass selbst die Parteiprominenz der Grünen nicht vor einer Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Antifa-Gruppierungen zurückschreckt ist ebenfalls bekannt.

So beteiligte sich die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth z. B. im November 2015 an einer Anti-AfD Demonstration in Hannover. Aus dem rund 1.000 Teilnehmer zählenden Aufmarsch – nach Angaben der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“: „bevorzugt schwarz gekleidete Linksautonome“ – erklangen unter anderem die Hetzpöbeleien „Deutschland verrecke“ und „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“.

Auch Vertreter von SPD und FDP hatten an dem Umzug teilgenommen – distanzierten sich jedoch später vom Hassgebrüll der Antifa. Claudia Roth hingegen nicht. Dass es Kooperationen oder zumindest starke Verknüpfungen von den Grünen zu gewaltbereiten linksextremistischen Strukturen gibt, verdeutlicht auch der Schulterschluss der grünen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock. Auf die Frage eines Users: „Wann distanzieren sich die Grünen von der linksextremistischen Antifa?“ antwortete sie in der Sendung „Frag selbst?“ der ARD: „Für mich ist die Antifa nicht per se eine linksextremistische Organisation“.

### **Die Ideologie hat Bestand**

Die Pflasterstein-Romantik der frühen Jahre mag überwunden, die Ideologien, die sie hervorbrachte, sind allerdings weiterhin präsent.



**Die heutige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Claudia Roth auf einer antideutschen Demonstration!**



*Alice Weidel und Tino Chrupalla  
zum Spitzenkandidaten-Duo der AfD gewählt*

**B**erlin, 25. Mai 2021. Die Mitglieder der AfD haben Alice Weidel und Tino Chrupalla zum Spitzenkandidaten-Duo gewählt, mit dem die Partei in den Bundestagswahlkampf 2021 ziehen wird – dies ist das Ergebnis der Online-Mitgliederumfrage, die von der AfD vom 17. bis 24. Mai durchgeführt wurde.

An der Befragung teilgenommen haben insgesamt 14.815 Mitglieder. Das sind 48,14 Prozent der Stimmberechtigten. Für Alice Weidel und Tino Chrupalla wurden dabei insgesamt 10.462 Ja-Stimmen abgegeben (71,03 Prozent), auf das zweite Bewerber-Team, Joana Cotar und Joachim Wundrak, entfielen gleichzeitig 3.982 Ja-Stimmen (27,04 Prozent).

285 Teilnehmer der Mitgliederumfrage stimmten bei beiden Teams mit Nein (1,93 Prozent). Enthaltungen gab es insgesamt 86 (0,58 Prozent).

**Deutschland.  
Aber normal.**





*Unser Praktikant berichtet:*

## Gespräch mit Tino Chrupalla

*Auch in den letzten Monaten der Legislaturperiode haben Praktikanten die Möglichkeit, mehr über die Arbeit der Abgeordneten und die Arbeitsabläufe im Deutschen Bundestag zu erfahren. Im nachfolgenden Text beschreibt einer unserer Praktikanten seinen Termin mit AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla.*

**A**m 15.04.2021 um 11:15 Uhr empfing mich der Bundessprecher der AfD, Tino Chrupalla, in seinem Büro. Er gab mir die Gelegenheit, ein informatives und spannendes Gespräch mit ihm zu führen, das ich im folgenden Bericht dokumentiere.

Nach ein paar freundlichen Grußworten und einer einleitenden Frage zu meiner Tätigkeit als Praktikant erkundigte ich mich zunächst über Herr Chrupallas Arbeit als AfD-Bundessprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion. Tino Chrupalla berichtete mir, dass über seine direkte Bundestagsarbeit als Abgeordneter hinaus auch im Fraktionsvorstand viele koordinative, den Bereich der Finanzen betreffende und organisatorische Aufgaben zu erledigen seien.

Als Bundessprecher der AfD nimmt überdies die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes Fahrt auf, beispielsweise durch die Organisation von Kampagnen oder der Herstellung der Einigkeit innerhalb der Partei. Weiterhin seien die Koordination der Landesverbände sowie die Organisation der Aufstellungsversammlung für die Bundestagswahl bedeutend. Hinzu komme eine Bundesvorstandstelefonkonferenz, die einmal pro Woche stattfindet.

### **Über das Ansehen des Handwerks**

An diese Antwort schloss ich die Frage an, wie das Ansehen von Berufen im Handwerkssektor erhöht werden könne, da die Bereiche Handwerk und Mittelstand zu den Kernkompetenzen Chrupallas gehören. Der AfD-Bundessprecher sieht in dieser Frage eine Gesellschaftsaufgabe, zu der viele Akteure beizutragen hätten. Das duale Ausbildungssystem müsse attraktiver gestaltet und zusätzlich ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit von Handwerksberufen durch die

Handwerkskammer geschaffen werden. Zudem wies er darauf hin, dass Geldverdienen auch in handwerklichen Berufen durch Weiterbildungen und Professionalisierung möglich sei, was zu wenig berücksichtigt werde. Auch der Schulunterricht sollte nach Meinung von Tino Chrupalla dahingehend angepasst werden, dass Schüler beispielsweise durch Schulfächer wie Werken ihre Stärken in diesem Bereich frühzeitig erkennen. Ein Tag der offenen Tür im Sektor Handwerk könne außerdem förderlich sein. Darüber hinaus verdeutlichte Chrupalla, dass die Finanzierung des Studiums aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage für immer mehr Menschen schwierig werden dürfte. Bemängelt wurde von ihm ebenso, dass die Repräsentanz der Handwerksmeister im Deutschen Bundestag mit lediglich sieben deutlich zu gering sei.

## **Politisch aktiv für unsere Grundrechte**

Als nächstes wollte ich wissen, was ich als einfacher Bürger aufgrund der enormen Belastung durch die Corona-Politik der Bundesregierung dafür tun kann, dass alle Menschen in Deutschland möglichst bald ihre Grundrechte zurückerhalten. Erstens sei es laut dem AfD-Bundessprecher in dieser Zeit absolut notwendig, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und sich über die Situation auszutauschen. Weiterhin bestehe die Möglichkeit, auch politisch aktiv zu werden und sich bewusst gegen die Grundrechtseinschränkungen einzusetzen. Dahingehend sei die Beteiligung an Demonstrationen ein geeignetes Mittel, Unmut auszudrücken und für die eigene Überzeugung einzustehen.

Die vierte Frage meinerseits bezog sich darauf, wie zuversichtlich er ist, dass der Bundestagswahlkampf und die gemeinsame Arbeit aller AfD-Funktionäre darüber hinaus geeint ablaufen werden. Tino Chrupalla sieht sich selbst in der Verantwortung, zu dieser Einigkeit beizutragen. Er forderte, dass sich die Mitglieder der Partei nicht zu sehr mit sich selbst beschäftigen, sondern ihre ganze Energie in den Wahlkampf stecken. Hier stehe die AfD und nicht der Einzelne im Vordergrund.

## **Kritik an der Transformation der Gesellschaft**

Zum Abschluss kam ich auf ein mich persönlich betreffendes, eher emotionales Thema zu sprechen. Ich bat ihn, mir zu erklären, wie es in diesem Eiltempo dazu kommen konnte, dass „normale“ Dinge (angelehnt an die neue Kampagne der

AfD „Deutschland. Aber normal.“) wie freie Meinungsäußerung, Grundrechte, die ungegenderte deutsche Sprache und bürgerliche, konservative Werte in Teilen verloren gegangen sind.

Der AfD-Bundessprecher kritisierte die erzwungene Transformation der Gesellschaft, insbesondere von grünen Ideologen. Eine Leitkultur, von der früher noch die Rede war, ist heute geradezu verpönt. Durch das permanente übersteigerte Hervorheben von Minderheiten entstehe eine gesellschaftliche Schieflage, so Chrupalla. Er vertritt die Auffassung, dass gesellschaftliche Gruppen zum Teil bewusst gegeneinander ausgespielt werden und damit ein Keil in die Gesellschaft getrieben wird. Dies habe aber des Weiteren zur Folge, dass bestimmte (politische) Gruppen Heimatlosigkeit verspüre. Dieser Zustand werde laut Tino Chrupalla besonders im Osten Deutschlands stark angeprangert, da die Ostdeutschen ähnliche Verhältnisse bereits in der DDR erlebt hätten.

## **Auf die eigene Seele achten**

Auf meine Erwiderung, ob die freie Meinungsäußerung in Deutschland vollständig zurückkehren wird, richtete er einen emotionalen Appell an mich. Jeder Bürger solle nicht unter allen Umständen versuchen, sich anzupassen, sondern mehr auf seine eigene Seele achten. Das dauerhafte Unterdrücken der eigenen Position sei langfristig nicht zu ertragen. Diese indirekte Aufforderung Chrupallas motivierte mich sehr, im politischen Diskurs mehr zu wagen und gefestigter für meine Meinung einzustehen. Zuletzt bedankte ich mich dafür, dass sich Tino Chrupalla ausgiebig Zeit für mich nahm. Ich habe ihn als überaus sympathischen, bürgernahen und bodenständigen Abgeordneten kennengelernt. Über das interessante Gespräch und das anschließende gemeinsame Foto habe ich mich sehr gefreut.



*Unser Praktikant berichtet:*

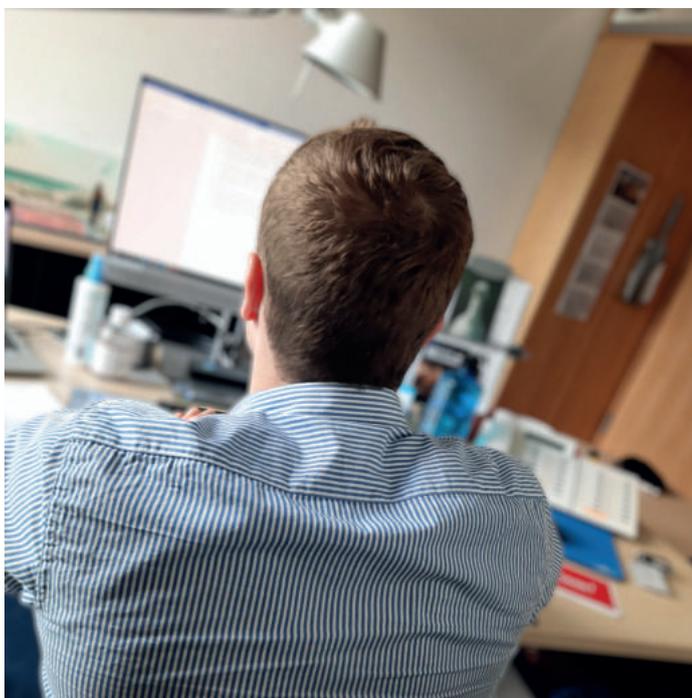
# Dynamisches Team Münzenmaier schlägt schnödes Studium um Längen

Von Vincent (Praktikant Büro Münzenmaier)

**A**ls politisch stark interessierter, konservativer und patriotischer Mensch fühle ich mich in meinem Studium der Sozialwissenschaften heimatlos. Das Praktikum im Team Münzenmaier, das ich ironischerweise im Rahmen meines Studiums absolvierte, gab mir nun erstmals die Möglichkeit, über eine längere Zeit mit Gleichgesinnten zu interagieren und zu arbeiten. Um es direkt vorwegzunehmen: Die Zeit war der absolute Wahnsinn!

Über sechs Wochen durfte ich die Arbeit von Sebastian Münzenmaier und seinen Mitarbeitern begleiten. In dieser Zeit konnte ich meine Schreibfähigkeiten und politischen Kenntnisse verbessern sowie meine persönliche Entwicklung deutlich vorantreiben. Das Gefühl, selbstständig für den Deutschen Bundestag arbeiten zu können und Teil eines fantastischen Teams zu sein, ist ein ganz besonderes gewesen.

In den folgenden Zeilen möchte ich meine Erfahrungen und Gedanken während des Praktikums mit den Lesern dieses Magazins teilen.



## **Eigenständiges Arbeiten für den Deutschen Bundestag**

Zu Beginn standen das Einfinden am neuen Arbeitsplatz und das Kennenlernen von Abteilungen und Strukturen auf dem Programm. Ich traf viele sympathische Referenten unterschiedlicher Arbeitskreise, von deren Fachwissen ich profitieren konnte. Darüber hinaus durfte ich einer Sitzung des Arbeitskreises Familie beiwohnen und wurde in mehrere Berufsfelder (wie z.B. die Tätigkeiten eines Büroleiters) eingeführt. Zudem erfuhr ich in umfassenden Gesprächen mehr über notwendige parlamentarische Instrumente wie Anträge oder Kleine Anfragen. In den kommenden Wochen bekam ich immer häufiger die Gelegenheit, mich selbst mit diesen auseinanderzusetzen.

So fasste ich beispielsweise mehrere Anträge leicht verständlich zusammen oder sortierte Initiativen, an denen Herr Münzenmaier beteiligt war, in die entsprechenden Kategorien für seine Homepage ein. Besonders viel Freude bereitete es mir, eigenständig Sprechzettel für Ausschusssitzungen und einen Entwurf einer Kleinen Anfrage zur Corona-Situation in Ägypten zu erstellen. Dadurch wurde ich in den Parlamentsbetrieb miteingebunden und erledigte Aufgaben, die tatsächlich im Deutschen Bundestag ihre Verwendung fanden. Diese Überlegung erfüllte mich mit Freude.

Bedeutsamkeit für meine Zeit im Bundestag hatte auch das Aktualisieren der Presseverteiler des Büros Münzenmaier. Presseverteiler ermöglichen, dass eigene Pressemitteilungen ohne Zeitverlust an die vorgesehenen Stellen (AfD-Mitglieder; bundesweite, Landes- und kommunale Ebene) verschickt werden können. Hierzu hatte ich den Auftrag, die bereits bestehenden Mail-Adressen zu überprüfen sowie neue Kontaktadressen insbesondere aus dem alternativen Spektrum herauszusuchen. Diese Aufgabe war langwierig und mühsam, die unbestrittene Wichtigkeit motivierte mich aber, diese fertigzustellen.

## **Muskelspiele in Ausschuss und Plenum**

Des Weiteren gehört es zu einem guten Praktikum im Bundestag dazu, eine Ausschusssitzung sowie eine Plenardebatte vor Ort zu verfolgen. Bemerkenswert ist in dem Kontext, dass in den Ausschüssen Gesetzesentwürfe der Bundesregierung durch die Koalitionsfraktionen in der Regel unterstützt und Anträge der Opposition mehrheitlich abgelehnt werden. Dies hautnah mitzuerleben, war ernüchternd. Dem Austausch im Plenum hörte ich interessiert zu. Doch auch hier nahm ich kein Ringen um das beste Argument, sondern parteipolitisches Agieren zur Kenntnis.

## **Treffen mit Weidel, Gauland und Co.**

Eines der vielen Highlights während meines Praktikums war es, dass ich einige prominente Politiker der AfD-Fraktion treffen durfte. Dies hatte ich so nicht erwartet, dementsprechend begeistert war ich. Selbst die Fraktionsvorsitzenden Dr. Alice Weidel und Dr. Alexander Gauland nahmen sich die Zeit für ein gemeinsames Foto. Außerdem führte ich ein Interview mit Tino Chrupalla und konnte den Dreh einer Episode „Fünf Fragen, fünf Antworten“ mit Stephan Brandner live miterleben.

Diese unvergesslichen Momente bedeuten mir sehr viel!

## **Intensivierung journalistischer Kenntnisse und Fähigkeiten**

Neben den bereits beschriebenen Tätigkeiten wurde mir in den sechs Wochen auch die Relevanz von Pressemitteilungen und Kurznachrichten sowie einer tiefgründigen Recherche bewusst. Ein Beispiel hierfür ist meine Recherche zum „Ramelow-Urteil“, um herauszufinden, unter welchen Bedingungen Bundestagsabgeordnete vom Verfassungsschutz beobachtet werden dürfen. Als weiteres ist die Recherche zu Merkel und Spahn und deren Äußerungen gegen eine Impfpflicht bzw. Sonderrechte für Geimpfte zu nennen. Das Verfassen von Kurznachrichten trainierte ich über mehrere Wochen, sodass gegen Ende eine positive Entwicklung erkennbar war. Dementsprechend konnten einige meiner Kurzmitteilungen auf der Homepage von Sebastian Münzenmaier veröffentlicht werden, worauf ich außerordentlich stolz bin.

## **Dank an mein Team**

Besonders positiv hervorheben möchte ich gegen Ende meines Berichts das Engagement des Büroleiters von Sebastian Münzenmaier, und dem Mitarbeiter, mit dem ich am meisten zusammenarbeitete. Der Büroleiter nahm sich eine Menge Zeit für mich, um mir seine Arbeit näherzubringen. Er bereitete sich sehr umfangreich auf die Lehrgespräche vor und vermittelte mir den Eindruck, als sei es ihm ein wirkliches Anliegen, mich einzuarbeiten und mir viele lehrreiche Kenntnisse beizubringen. Außerdem setzte er sich mehrmals aktiv dafür ein, dass Treffen mit den Spitzenpolitikern der Fraktion möglich wurden. Ein weiterer Mitarbeiter war in der Regel mein erster Ansprechpartner. Er vermittelte mir eine Vielzahl an Kenntnissen, die für meine angestrebte journalistische Arbeit von Belang sind und motivierte mich täglich aufs Neue, Aufträge effektiv und mit Freude zu erledigen. Die Zusammenarbeit insbesondere mit den beiden übertraf meine Erwartungen.

Abschließend noch ein paar Worte zu Sebastian Münzenmaier: Als „kleiner“ Praktikant verspürte ich bei unserem ersten Aufeinandertreffen eine gewisse Ehrfurcht gegenüber dem „großen“ Bundestagsabgeordneten. Doch Sebastian zeigte sich derart menschlich und empathisch, dass diese gefühlte Distanz schnell verschwand, ohne dass der Respekt verloren ging. Die Gespräche mit ihm taten mir aus den genannten Gründen, aber auch aufgrund der Tatsache sehr gut, dass ich eine große Nähe unserer politischen Ansichten wahrnahm.

Den Abschluss des Textes möchte ich nutzen, um allen Personen, die an der Gestaltung meines Praktikums beteiligt waren, aber in besonderer Form den zuvor Genannten, zu danken. Die erworbenen Kenntnisse, die gestellten Arbeitsaufträge und getätigten Gespräche waren eine absolute Bereicherung. Für die Möglichkeit, das Praktikum in dieser Form absolvieren zu können und diese tollen Menschen kennenlernen zu dürfen, bin ich sehr dankbar. Ich werde das Gelernte im späteren Berufsalltag einsetzen und hoffe auf ein baldiges Wiedersehen! Und wer weiß, vielleicht findet dieses im Rahmen eines Treffens unter Kollegen statt.

**Ich wünsche dem Team Münzenmaier  
alles Gute!**

*Von Vincent (Praktikant)*

# Umfrage-Beben

## VERTRAUEN IN DIE EU AM BODEN

*AfD für ein Europa der Vaterländer*

Eine neue Zwölf-Länder-Umfrage des European Council on Foreign Relations, in Deutschland ausgeführt vom Meinungsforschungsinstitut YouGov, dürfte in Brüssel für Aufsehen sorgen. Repräsentativen Daten zufolge hat knapp die Hälfte der Deutschen das Vertrauen in die europäische Union verloren. Auch in anderen Ländern wächst die Kritik.

### „Tiefgreifende Enttäuschung“ über EU in Deutschland

Laut Angaben der Meinungsforscher hat sich der Anteil Deutscher, die am europäischen Projekt zweifeln, im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit um elf Prozent erhöht. Insgesamt hätten 49 Prozent aller Deutschen kein Vertrauen mehr in die Europäische Union, knapp 33 Prozent aller Wähler vertreten die Meinung, die Integration in diese sei zu weit gegangen. Die Umfrage-Initiatoren vermuten, dass allen voran die schleppende Impfstoffeinführung für sinkendes Vertrauen in die EU-Institutionen gesorgt haben könnte. Eine Autorin kommentierte in einer großen deutschen Tageszeitung, „das Vertrauen der Deutschen in die Europäische Union ist stark eingebrochen.“

### Europa „kaputt“?

Ebenso sind Mehrheiten (zwischen 62 und 51 Prozent) in Frankreich, Italien, Spanien, Österreich und Deutschland der Meinung, dass das europäische Projekt „kaputt“ sei. In Frankreich ist dieser Gedanke

mit 62 Prozent am ausgeprägtesten, Deutschland folgt mit 55 Prozent. Höher verbreitet als in den weiteren befragten Mitgliedsstaaten richtet sich die Unzufriedenheit der Deutschen Umfrageteilnehmer in hohem Maße gegen die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

### AfD: Europa der Vaterländer

Die Alternative für Deutschland spricht sich in ihrem Bundestagswahlprogramm für ein Europa der Vaterländer aus. Die Partei strebt danach, „den souveränen, demokratischen Nationalstaat“ zu erhalten und befürwortet die Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten:

*„Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig“,* erklärt die Alternative in ihrem Programm.

# RENTE MIT 68

## Das sagt die AfD zum Rentenchaos

### *Rente mit 68? Nicht mit der AfD!*

Laut übereinstimmenden Presseberichten haben Berater der Bundesregierung gefordert, das Renteneintrittsalter auf 68 Jahre zu erhöhen. Der Vorschlag stößt auf massive Kritik aus Gewerkschaften und von der AfD.

#### **Rente mit 68: Länger arbeiten, kaum etwas in der Tasche**

Die nächste Mauer in der Diskussion um das Renteneintrittsalter scheint zu fallen. Wie verschiedene Zeitungen unabhängig voneinander berichten, haben Regierungsberater von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) einen Vorschlag zur Reform des deutschen Rentensystems vorgelegt, in dem sie ein Renteneintrittsalter mit 68 Jahren befürworten. Laut den Fachleuten des wissenschaftlichen Beirats Altmaiers drohen „schockartig steigende Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung ab 2025“, es sei nicht möglich, die Entwicklung der steigenden Lebenserwartung in Deutschland vom Renteneintrittsalter abzukoppeln. Die Berater plädieren stattdessen für eine „dynamische Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung.“ Derzeit ist rechtlich vorgesehen, dass das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre bis 2029 angehoben wird.

#### **Harte Kritik von Gewerkschaften**

Kritik am Vorhaben der Altmaier-Berater äußerte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Deren Vorstand warf den Experten vor, Renten drastisch zu kürzen, Sozialstaat abbauen und Alterssicherung privatisieren zu wollen. Entlastet werden nur massiv die Arbeitgeber, so der Gewerkschaftsbund weiter. Die DGB-Vorstandsvorsitzende äußerte

darüber hinaus den Verdacht, dass mehr politische Propaganda und weniger wissenschaftlich fundierte Beratung hinter den Forderungen stecken.

**AfD: „Wir unterstützen die Rentensysteme anderer Länder in Europa mit Milliardenbeträgen, das Geld sollten wir erst einmal für unsere Renten verwenden.“**

Die AfD-Rentenexpertin Ulrike Schielke-Ziesing bewertet den Vorstoß aus dem Umfeld des Bundeswirtschaftsministers ebenfalls kritisch. Die Bundestagsabgeordnete erklärte in einer Pressemitteilung, dass die einzige Lösungsperspektive der Bundesregierung darin bestehe, die Bürger „bis zum Umfallen“ arbeiten zu lassen. Die 51-Jährige fragte zudem, was „die 2018 eigens für die Weiterentwicklung des Rentensystems einberufene Rentenkommission eigentlich drei Jahre lang getan“ habe. Deutschland habe eines der schlechtesten Rentensysteme europaweit, daher müsse die finanzielle Unterstützung der Systeme anderer Länder hintenanstehen: „[...] das Geld sollten wir erst einmal für unsere Renten verwenden, bevor wir an eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit denken“, so Schielke-Ziesing.

In einen größeren Zusammenhang ordnete auch der nordrhein-westfälische AfD-Landtagsabgeordnete Roger Beckamp die Rentenfrage ein. In einem Beitrag auf dem Kurznachrichtendienst Twitter fragte Beckamp, weshalb nur über die Rente, aber nicht über Politikerpensionen, die Migration ins Sozialsystem, die Schuldenvergemeinschaftung und die Kosten der Energiewende diskutiert werde.



## *Jubelnd in den Untergang*

**D**er libanesisch-deutsche Regisseur und ehemalige Fernsehjournalist Imad Karim hat sein neuestes Filmprojekt „Dekaden – Jubelnd in den Untergang“ fertiggestellt. Der 62-Jährige beschreibt im knapp halbstündigen Streifen verschiedene Stationen Deutschlands nach Ende des 2. Weltkrieges und stellt eindrucksvoll den „absurden Zustand“ der Bundesrepublik zur Schau.

Schon 2016 hatte der Filmemacher mit den Dreharbeiten begonnen und musste diese ein Jahr später aufgrund der intensiven Drehkosten abbrechen. Ende letzten Jahres wandte sich Karim der Arbeit wieder zu und konnte sie im Frühjahr 2021 fertigstellen.

### **Imad Karim: Europa ist Wiege der modernen Zivilisation**

Schon vor Beginn der eigentlichen Handlung verdeutlicht Karim mit einer Anklageschrift, worum es ihm in seinem Projekt geht:

*„Als ein in die Freiheit eingewandter Filmemacher kann ich den Prozess des ideologischen Irrsinns, des verheerenden Untergangs und des Selbsthasses im Westen nicht aufhalten, aber ich kann ihn wenigstens dokumentieren.“*

Als im Anschluss zwei „Künstler“ auf den Kanälen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Tiere imitieren und so den eigentlichen Handlungsverlauf eröffnen, wird schnell klar, worauf der Film seinen Fokus legt:

Die nach links gerückte Republik und der schleichende Verlust aufklärerischer Werte im westlichen Europa.

Nach einem Rückblick in die griechische Mythologie blickt Karim auf seine Ankunft in Europa zurück: Er habe sich in der Kultur direkt wohlfühlt, eine geistige Heimat gefunden und eine starke Bindung aufgrund der Historie des Kontinents entwickelt. Durch Kampfeswillen sei Europa in der Geschichte zur Weltmacht geworden. Demokratie, Philosophie, Ethik, Freiheit: Europa sei die Wiege der modernen Zivilisation, fasst Karim zusammen.

Doch was ist von diesem einst so stolzen Kontinent übrig?

### **Europa als „Linker Ideologie – Fun – Park vor der Pleite“**

Mit der Metapher des Freizeitparks versucht Karim, sich dem heutigen Zustand Europas anzunähern. Bilder der Migrationswelle und Bekundungen von führenden Politikern wie Bodo Ramelow (Die Linke) untermalen den veränderten Zeitgeist.

„Im linken Freizeitpark kann jeder sein, was er möchte.“

Neuankömmlingen werde Narrenfreiheit garantiert, die schuftenden Kräfte im Hintergrund (metaphorisch für den deutschen Mittelstand) seien davon ausgenommen. Statt harter Arbeit ständen Genderstudies oder Flirtkurse für Flüchtlinge hoch im Kurs: Im „linken Funpark“ beliebte Berufe, die jedoch nichts zum volkswirtschaftlichen Nutzen beitragen.

Nach einem Verweis auf die „Nazigeisterbahn“, eine der beliebtesten Attraktionen im europäischen Freizeitpark und gleichzeitig einer der wichtigsten Lebensinhalte der angeblich Toleranten, wirft Karim einen Blick in die Geschichte zurück. Wie konnte es den Linken gelingen, die Meinungshoheit in Deutschland und Europa in diesem Maße zu gewinnen?

**„Dann geht es wieder darum, worum es im echten Leben immer geht: ums Überleben.“**

Bei Autor Werner Reichel habe Karim Antworten auf seine Fragen gefunden. In der Überflussgesellschaft in den 1960er Jahren sei die sozialistische 68er-Bewegung entstanden. Mit Verweisen auf die RAF-Fraktion und Rudi Dutschke wird auf den langen Marsch der linken Kräfte durch die Parlamente und Behörden hingewiesen. Die Warnungen vor den Grünen, heute sogar mit Kanzlerkandidatin ausgestattet, wurden ab Ende der 1980er Jahre immer weniger. So stand dem Ausbau linker Macht nichts mehr im Wege. Spätestens seit 1998 und der Besetzung bedeutender Ministerposten durch frühere RAF-Sympathisanten sei der Linksruck nicht mehr aufzuhalten gewesen. Einen weiteren Aufschwung erhielt der „linke Freizeitpark“ dann durch die Angleichung der CDU an den linken Zeitgeist.

Hart fällt die abschließende Zukunftsanalyse Karims aus:

„Noch herrscht eine heile Welt im Park. Alle scheinen sich nach dem großen Ziel, dem Ökosozialismus, zu sehnen. Doch wie jeder Sozialismus wird auch dieser scheitern. Und der linke Freizeitpark wird pleitegehen. Dann gibt es endlich wahre Gerechtigkeit. Denn dann sind wir endlich alle gleich. Gleich arm, gleich hungrig, und alle gleichermaßen verzweifelt. Dann geht es wieder darum, worum es im echten Leben immer geht: ums Überleben.“

SEBASTIAN MÜNZENMAIER

ALLE REDEN & VIDEOS BEI YOUTUBE

JETZT KANAL ABONNIEREN UNTER:  
[youtube.com/SebastianMünzenmaierMdB](https://youtube.com/SebastianMünzenmaierMdB)

Heft 01 · Frühjahr 2020 · ISSN 1234-5679 · Erscheint vierteljährlich · www.die-kehr.de · 7,00 €

# DIE KEHRE

-ZEITSCHRIFT FÜR NATURSCHUTZ-



*Vorstellung eines patriotischen Umweltmagazins*

## Die Kehre

Ökologie, das verbindet man heute hauptsächlich mit den Grünen. Energiewende, CO<sub>2</sub>-Steuer, Klimanotstand usw. die frühere Sponti-Partei dominiert die deutsche Öffentlichkeit und stülpt der Bundesrepublik ihr ganz eigenes Verständnis von ökologischer Politik über.

Dass Ökologie auch völlig anders gedacht werden kann und nicht einmal zwangsläufig aus der linken Ecke kommen muss, das beweist die konservativ-ökologische Zeitschrift Die Kehre. Zwar wird man hier keine Apologetik für die technische Durchdringung unserer Gesellschaften oder einen Freifahrtschein für einen unbedenklichen Dauerkonsum finden, jedoch streicht das junge Projekt rund um den Chefredakteur Jonas Schick heraus, dass die aktuell stattfindende Verengung der Ökologie auf den „Klimaschutz“ mehr schadet als nützt.

Die Heuchelei grüner Politik ist grenzenlos. Die Grünen geben wie keine andere Partei vor, sich für Nachhaltigkeit einzusetzen. Auf der anderen Seite begrüßen und fördern sie die Entwurzelung und Mobilisierung von Menschenmassen durch Massenmigration. Diese Heuchelei wird hier schonungslos offengelegt.

Die Kehre setzt dem einen weiten Blick entgegen, der die ursprüngliche Bedeutung der Ökologie hervorhebt: dass sie eine Lehre von der gesamten Umwelt ist, die Kulturlandschaften, Riten und Brauchtum, also auch Haus und Hof (Oikos) als ihren Namensgeber einschließt.

Sowohl der Titel als auch die inhaltliche Ausrichtung der Zeitschrift ist vom Werk Die Technik und die Kehre des Philosophen Martin Heidegger inspiriert,

in dem er in der Technik die Entbergung der höchsten »Gefahr« erblickt, die unser menschliches Sein »verstellt«. Ungeachtet dessen sieht Heidegger die Möglichkeit zur Kehre, einem Einschwingen in das »anfänglich aus der Frühe Währende«, also einen Weg vom Ende der europäischen Geschichte zurück zu ihrem Anfang.

## **Konsensstörung**

Mit so einer Herleitung des eigenen Zeitschriftentitels sollte klar sein, dass man sich in der Kehre nicht mit oberflächlichen Antworten zufriedengibt. Sie ist eine grundlegende Zeitschrift, die an die Radix geht, an die Wurzel. Für die Autoren der Kehre ist es augenscheinlich: Ökologie und Gesellschaft respektive die soziale Ordnung sind eng miteinander verknüpft. Eine nachhaltige Abkehr vom Status quo der Vernutzung der Bestände aller Art – seien es kulturelle oder materielle Ressourcen – ist nur über die Beantwortung der ökologischen Frage möglich.

Manchen wird auch die Kritik an den Wachstumslogiken im ersten Moment verschrecken oder Ablehnung hervorrufen. Doch in gewisser Weise hält die Zeitschrift auch dem gegenwärtigen Konservatismus den Spiegel vor und konfrontiert ihn schonungslos mit der Frage: Was hast du je bewahrt und was willst du überhaupt bewahren?

## **Herzensangelegenheit Naturschutz**

Mit der Thematisierung der Ökologie betritt Die Kehre zweifelsohne ein restlos von den Grünen besetztes Gelände. Daß dies nicht für immer so bleiben muß und in der Geschichte auch nicht immer so gewesen ist, das stellt der erste Jahrgang des liebevoll gestalteten Druckerzeugnisses aus Dresden nachdrücklich unter Beweis. Jahrgang Nummer 1 leistet damit einen wichtigen Beitrag dazu, der politischen Linken die konservativen »Kronjuwelen« wieder zu entreißen. Mit der Beleuchtung der Frage »Klimaschutz contra Naturschutz?«, einer etwas anderen Thematisierung von »Nachhaltigkeit«, mit der Vorstellung der »energetischen Perspektive« und abschließenden Behandlung der »Migration«, eines Tabuthemas im ökologischen Kontext, setzte Die Kehre 2020 bereits ein Ausrufezeichen.

Sie ist also keine Anti-Zeitschrift zur ökologischen Frage, sondern beantwortet diese ganzheitlich und ihrer Komplexität entsprechend. Im Periodikum werden keine angeblichen Mythen der Grünen widerlegt, sondern deren lobbyhörigen

Lösungsvorschläge – die keine sind – als unfähig bloßgestellt, die aufgezeigten Probleme zu lösen. Dabei ist Naturschutz für Die Kehre keineswegs eine Nische, sondern wahre Herzensangelegenheit. Um die Zeitschrift herum entstehen Videos, Podcasts, »Shop« und Verlag.

Trotz oder gerade wegen ihrer streitbaren Ausrichtung: Reinschauen lohnt sich! Denn was bliebe auch von dem vielbemühten Satz vom »Mut zur Wahrheit«, ohne die Bereitschaft, sich auch neue Horizonte zu öffnen?

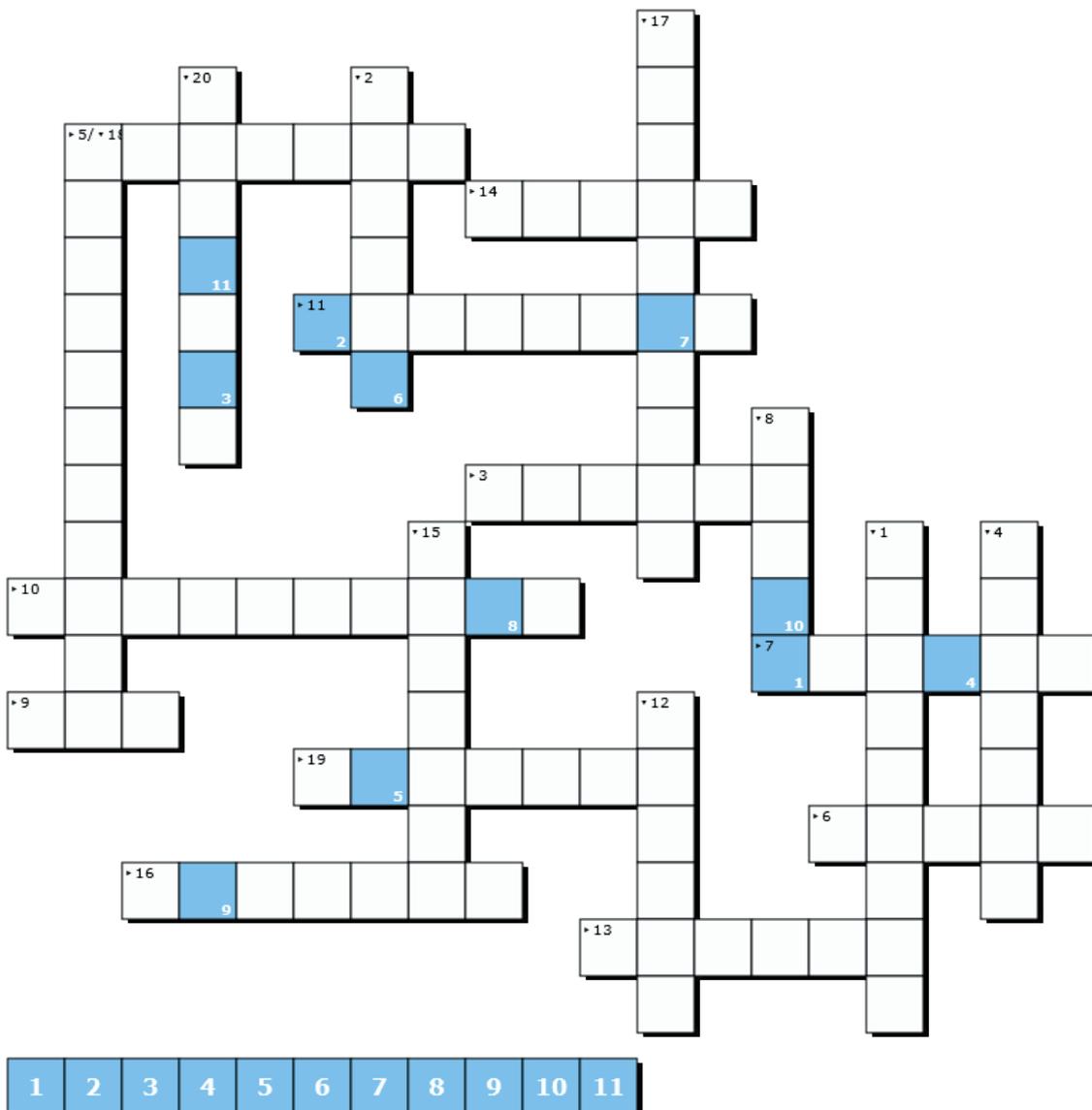
Die ökologische Frage wird jedenfalls immer drängender und je länger wir sie leugnen oder kleinreden, desto stärker wird die Deutungshoheit des politischen Gegners.

Einzelhefte zum Reinschnuppern können auch ohne jedes Abo direkt über die Netzseite erworben werden.



# Rätsel

1. Wie heißt der Spitzenkandidat der AfD zur Bundestagswahl 2021?
2. Wie heißt die Spitzenkandidatin der AfD zur Bundestagswahl 2021?
3. Welche Partei fordert einen sogenannten „Gender-Check“ in ihrem Programm?
4. Wie heißt der Vorsitzende der spanischen Vox-Partei?
5. In welcher Stadt beschloss die AfD ihr Bundestagsparteiprogramm?
6. Die Migrationspolitik welchen Landes möchte die AfD zukünftig als Vorbild nehmen?
7. Das Motto der AfD-Kampagne zur Bundestagswahl heißt: „Deutschland. Aber“:?
8. Welche französische Politikerin könnte im nächsten Jahr Präsidentin ihres Landes werden?
9. Neben den Grünen forderte eine weitere Fraktion den Geschlechterwechsel via Bekenntnis. Welche Partei war das?
10. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung beleidigte wiederholt ostdeutsche Bürger. Sein Name ist Marco...?
11. In den letzten Wochen meldeten mehrere Bundestagsabgeordnete ihre Nebeneinkünfte zu spät. Dies waren Annalena Baerbock, Karl Lauterbach und...?
12. Welche Ministerin trat aufgrund fortschreitender Probleme mit ihrer Doktorarbeit ihres Amtes zurück?
13. Nach den Ausschreitungen bei Pro-Palästina-Demonstrationen sprach ein SPD-Politiker von „erlebnisorientierten Jugendlichen“. Sein Name ist ...?
14. Welcher CSU-Politiker gab der AfD wahrheitswidrig eine Mitschuld an antisemitischen Ausfällen im Zuge der Pro-Palästina-Demonstrationen?
15. Die Spitzenkandidatin der Linken bezeichnete in einem Interview Hausbesetzungen als „legitimes Mittel“. Ihr Name ist?
16. In einer Stadt schafften es Mitglieder einer AfD-Fraktion, die nächtliche Ausgangssperre zu kippen. Welche Stadt ist es?
17. In welchem Bundesland könnten CDU-Mitglieder eine Neuwahl im Herbst verhindern?
18. Welchen Begriff wollen zahlreiche Grünen-Mitglieder aus deren Wahlprogramm streichen?
19. Welcher italienische Politiker war Innenminister seines Landes?
20. Der Parteivorsitzende der portugiesischen Chega heißt...?





## Kontakt & Info

### Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin, versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und ganz Rheinland-Pfalz zu sein um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben. Als „Exilpfälzer“ unterhalte ich bisher ein Abgeordnetenbüro in Pirmasens, ein weiteres Büro in Mainz ist in Planung.

Sie erreichen mein Wahlkreisbüro in Pirmasens unter folgender Adresse:

**Abgeordnetenbüro Sebastian Münzenmaier**  
**Kaiserstraße 2a**  
**66955 Pirmasens**

[sebastian.muenzenmaier.ma04@bundestag.de](mailto:sebastian.muenzenmaier.ma04@bundestag.de)

Gerne können Sie mit meinem Büroleiter in Pirmasens, Herrn Ferdinand Weber, Sprechstundentermine unter oben genannter E-Mail-Adresse vereinbaren – wir freuen uns auf Sie und Ihre Ideen!

#### **Kontakt für Mainz und Umgebung**

Natürlich stehe ich Ihnen auch in Mainz und Umgebung für Bürgersprechstunden, Anregungen und Ideen zur Verfügung, bitte vereinbaren Sie mit Herrn Stephan Stritter unter:

[sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de](mailto:sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de) einen Termin und lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz in Berlin optimal repräsentiert ist!

14. WEBER | 15. WISSLER | 16. HAMBURG | 17. THUERINGEN | 18. DEUTSCHLAND | 19. SALVINI | 20. VENTURA  
6. JAPAN | 7. NORMAL | 8. LEFEN | 9. FDP | 10. WANDERWITZ | 11. OZDEMIR | 12. GIFFEY | 13. GEISEL  
Antworten für das Kreuzwärtel: 1. CHRUPALLA | 2. WEIDEL | 3. GRÜNE | 4. ABASCAL | 5. DRESDEN

#### **IMPRESSUM**

##### **Herausgeber und V.i.S.d.P.:**

Sebastian Münzenmaier  
Mitglied des Bundestags  
Platz der Republik 1  
D-11011 Berlin

##### **Druck & Verlag:**

Eigenverlag (E.i.S.)  
Sebastian Münzenmaier  
Platz der Republik 1  
D-11011 Berlin



**M** SEBASTIAN  
**MÜNZENMAIER**

